Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Ostfrontanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 mal 12 Seiten „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 31 — Montag den 7. Februar 1921 — 47. Jahrg.

Die Einladung nach London.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Der hiesige französische Botschafter hat am Freitag im Auftrag der Pariser Konferenz anläßlich eines Besuches bei dem deutschen Minister des Äußern Dr. Simons mündlich die Einladung übermittelt, am 1. März Delegierte nach London zu senden. Minister Dr. Simons hat sich die Antwort vorbehalten.

Auch der britische Botschafter sprach bei Dr. Simons vor.

Der französische Botschafter Laurent begibt sich nach Paris zurück, er hat sich mit Dr. Simons über die gesamte politische Lage und besonders eingehend über die Ententenoten unterhalten.

Etwas formlos hat der französische Botschafter in Berlin, Herr Laurent, in einer Unterhaltung mit dem deutschen Außenminister Dr. Simons die Einladung zu der Konferenz in London übermittelt. Herr Dr. Simons mußte sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten, denn während der französische Botschafter bei ihm weilte, waren gleichzeitig die Ministerpräsidenten und Vertreter der deutschen Länder versammelt, um die Voraussetzungen zu beraten, unter denen wir überhaupt geneigt sind, nach London zu gehen. Die letzte Entscheidung wird das Reichskabinett zu fällen haben. Es ist sehr leicht möglich, daß die deutschen Gegenvorschläge in kürzerer Zeit aufgestellt sein werden, als man gemeinhin annimmt. An ihrer Abfassung wird sicher Staatssekretär Bergmann beteiligt werden, der am Sonnabend vom Reichspräsidenten zu einer längeren Unterredung empfangen wurde. Ehe wir jedoch unsere Gegenvorschläge bekannt geben können, müssen uns die Pariser Beschlüsse offiziell notifiziert worden sein.

Inzwischen nimmt der Ernüchterungsprozeß in Frankreich seinen Fortgang. Man soll sich freilich hüten, in dieser Richtung die Kammerdebatte zu überschätzen. Die Kritik Tardieus an Briands Erfolgen bedeutet lediglich einen innerpolitischen Vorgang, und es ist für uns in keiner Weise von Vorteil, wenn die Parteikonkurrenz in Frankreich sich lediglich in der Überbietung des vorhandenen Wahnsinns durch einen noch größeren zeigt. Höchstens waren die Äußerungen Tardieus interessant, die sich gegen England richteten. Frankreich weiß, daß seine 13½ Milliarden Schulden bei England eine stärkere Realität sind als das papierne Traktat von Paris und Tardieu hat auch vermißt, daß man Lloyd Georges Versicherungen, England habe 35 Milliarden Kriegsausgaben bezahlt, nicht seine Berechnungen der Kriegsfrachten, die allein über 30 Milliarden betragen, entgegengehalten habe. Natürlich wächst auch sonst die Skepsis in der Welt. Der italienische Kammerausschuß für die auswärtige Politik hat sich einstimmig gegen die 12 %ige Besteuerung der deutschen Ausfuhr ausgesprochen, und er findet auch die Entschädigungsziffern für zu hoch. Auch in England beginnt sich die Stimmung der Vernünftigen zu regen, wenn auch die Kritik an Lloyd Georges Unfall außerordentlich sanft ist. Die englische Presse weiß natürlich ganz genau, daß die Pariser Regelung für England von so ausschließlichem Wert wäre, daß sie sich hüte, die Pariser Beschlüsse grundsätzlich zu verwerfen. Nur die wenigen aufrechten Liberalen unterlassen auch jetzt nicht den Hinweis darauf, daß die Welt ein wirtschaftliches Ganzes ist, und daß man sich selber schädigt, wenn man seinen Abnehmer totschlägt.

Am bemerkenswertesten ist der Hinweis der englischen liberalen Organe auf Amerika. Man weiß natürlich bei der Entente ganz genau, daß die ganze Regelung der Wiedergutmachung besonders dann nicht ohne die Zustimmung Amerikas erfolgen kann, wenn irgendwelche Bestimmungen getroffen werden, die Amerikas Interessen berühren. Nun aber wird Amerika außenpolitisch erst wieder aktiv werden, wenn am 4. März Herr Harding die Präsidentschaft offiziell übernehmen wird. Dennoch ist es natürlich auch ein Stück Verlegenheit, wenn die britische liberale Presse eine Vertagung der Konferenz bis zum März anregt.

In Deutschland klammert man sich nach unserer Meinung etwas zu stark in seinen Hoffnungen an Amerika. Es ist höchst seltsam, daß jetzt beispielsweise Männer wie der Graf Reventlow eine Politik geradezu auf Amerikas Unterstützung aufbauen. Gewiß gibt es auch Amerikaner, die mit dem Grafen Reventlow verkehren und ihm hin und wieder für seine Zeitschrift einen Artikel schreiben. Aber man sollte sich nicht täuschen, diese Kreise sind lediglich Einzelpersonen von völliger Einflußlosigkeit. Amerika wird sich lediglich nach seinen eigenen Interessen richten. Dabei ist allerdings zuzugeben, daß die Pariser Vorschläge in sehr wichtigen Punkten das amerikanische Interesse verletzten. Wenn nur mit Zustimmung der Reparationskommission Anleihen amtlicher und privater Natur begeben werden können, so beengt das Amerikas Freiheit genau so wie die unsere. Eine Besteuerung der deutschen Ausfuhr müßte eben dazu führen, daß Amerika in den Produkten, die es unbedingt von uns kaufen muß, der eigentliche Bezahler der Wiedergutmachungssumme ist. Dieses Gefühl spielt auch in Italien eine nicht geringe Rolle.

Die Zwischenzeit bis zur Londoner Konferenz können wir nicht besser ausnutzen, als indem wir über den Charakter der feindlichen Zumutungen im ganzen deutschen Volke die notwendige Aufklärung verbreiten. Man darf sagen, daß die Einmütigkeit Deutschlands in der Ablehnung des Pariser Milliardenwahnsinns vollkommener ist als jemals einer feindlichen Forderung gegenüber. Während noch beim Friedensvertrag die unabhängigen Sozialisten für die Annahme des Vertrages auf der Straße demonstrierten, hat jetzt der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund im Verein mit der Afa einen Aufruf an die Arbeiter der Welt gerichtet. In diesen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen stehen zahlreiche Unabhängige in der Führung. Die Einheitsfront ist da, auch wenn sie diesmal die starken Worte vom Sommer 1919 vermeidet. Zu allem Überfluß hat der Außenminister Dr. Simons dem amerikanischen Korrespondenten Herrn von Wiegand seine Versicherung wiederholt, daß er, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung, die er im Reichstage abgegeben hat, abweicht, er nicht länger im Amte bleiben wird. Auch der frühere Reichskanzler Hermann Müller hat betont, es würde sich keine Regierung finden, die bereit wäre, die Pariser Beschlüsse für ausführbar zu erklären. Die Einheitsfront ist da. Bewahren wir sie mit allen Mitteln!

*

Lloyd George antwortet Dr. Simons.

London, 7. Feb. Lloyd George hielt Sonnabend vormittag vor 2500 Personen gelegentlich der Überreichung des Bürgerbriefes von Birmingham seine angekündigte Rede. Nach einleitenden Worten wandte er sich der Pariser Konferenz zu. Die erste Bedingung der Wiederkehr einer friedlichen Atmosphäre, welche für uns notwendig ist, besteht darin, daß der Versailler Vertrag respektiert wird. Man kann den Alliierten vertrauen, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages neuen Bedingungen angepaßt werden, die entstehen können, aber der Versailler Vertrag muß bleiben.

Lloyd George verzeichnete die Fortschritte, die seit dem Waffenstillstande auf dem Wege der Abrüstung Deutschlands gemacht wurden.

Die Deutschen lieferten 31 000 Kanonen und 10 000 Grabenminenwerfer aus, die zerstört worden waren, sie lieferten 33 Millionen Geschosse, 70 000 Maschinengewehre, drei Millionen Gewehre, 411 Mill. Patronen aus. Man kann sagen, daß Deutschland den größten Teil seiner Waffen ausgeliefert hat. Trotzdem bleibt ihm noch Kriegsmaterial, das zu zerstören ist, und unregelmäßige Formationen, die abzurüsten sind. Ohne Zweifel hat Deutschland eine Entschuldigung, weil es auf seinem Gebiete eine Art von Revolution gibt. Wir wollen gewisse Zugeständnisse in der Hinsicht machen, aber wir wollen nicht, daß Deutschland Hunderttausende von Menschen unter den Waffen hält. Die Alliierten beschlossen daher, daß Deutschland sich den Bestimmungen des Versailler Vertrages bezüglich der Abrüstung zu fügen habe, namentlich was die Maschinen anbelangt, die zur Herstellung von Kanonen dienen können, weil wir von dieser Seite keinerlei Unannehmlichkeiten mehr haben wollen.

Bezüglich der

Entschädigungen

erklärte Lloyd George: Vor den Wahlen von 1918 stellte ich drei Grundsätze auf, nach denen die Entschädigung erfolgen müsse. Ich habe gesagt:

1. daß Deutschland die Entschädigungen bezahlen müsse für die angerichteten Schäden,
2. daß man von einem Schuldner nur das erhalten könne, was er zahlen kann,
3. daß die Art der Zahlung der Entschädigungen dem Lande, welches diese erhalten soll, keine größeren Nachteile auserlege, als die Schäden, die wiederherzustellen sind.

Deutschland kann uns in Sachwerte bezahlen, aber was würde das uns nützen?! Der gegenwärtige Kurs der Deutschen Währung verwickelt diese Frage noch mehr. Das ist eine der größten Schwierigkeiten, die unsere Sachverständigen zu lösen hatten. Nachdem sie die Modalitäten der Bezahlung festgestellt hatten, überreichten wir Deutschland die Note. Das scheint vielem sehr zu mißfallen. Diese Note war gemäß dem fortschreitenden wirtschaftlichen deutschen Aufschwung festgestellt. Wenn Deutschland nicht glücklich ist, wird es nicht zahlen können; wenn es erfolgreich ist, kann und soll es zahlen. Deshalb begannen wir damit, ein genügend tiefes Minimum für die ersten Jahre festzusetzen. Ich lese, daß, als der Bericht über die Pariser Konferenz nach Berlin kam, er dort einen Sturm erregte. Ich mache alle notwendigen Reserven bezüglich der Eindrücke, welche die ersten telegraphischen Mitteilungen machen konnten. Aber ich lese den ersten Bericht über

die Rede des Dr. Simons.

Das ist ein Staatsmann, den ich als ernst zu nehmen glaube und als entschlossen, seine Verpflichtungen durchzuführen, wenn er will. Wenn Dr. Simons falsche Eindrücke erhalten hat, so ist das leicht wieder zu verbessern. Er beklagt sich, nicht die ganze Note erhalten zu haben. Sehr gut, wenn er die Note haben will, so ist sie zur Ablehnung bereit, und ich rate Dr. Simons, die in Paris aufgestellte Note anzunehmen.

Der Ministerpräsident bemühte sich dann zu zeigen, daß die Deutschland auferlegten Lasten für die Reparationen nicht übermäßig seien. Für die ersten zwei Jahre ist diese Last nicht so hoch wie die Lasten Englands und Frankreichs für die Pensionen. Man müsse Frankreich auch für die Verwüstungen entschädigen. Es ist falsch, daß man den deutschen Arbeitern eine wirtschaftliche Sklaverei auferlegen wolle. Solle der französische Arbeiter bezahlen, der dem Angreifer während des ganzen Krieges tapferen Widerstand geleistet hat? Soll Frankreich für seinen Heroismus mit einer schweren Bürde belastet bleiben, und soll Deutschland dieser Not entrinnen? Nein, unsere Forderungen sind gerecht, und es muß ihnen entsprochen werden.

Dr. Simons sagte, daß er andere Vorschläge machen wollte. Das ist sein Recht. Wenn diese Vorschläge billig sind, werden die Alliierten sie zur Kenntnis nehmen. Wenn sie aber nur einen Versuch bilden, sich der Bezahlung der Entschädigungen zu entziehen, haben die Alliierten damit nichts zu tun.

Dr. Simons erschien gelegentlich der Konferenz von Spa gerecht und vernünftig, aber ich hatte das Empfinden, daß hinter ihm die Leute von 1914 stünden. Ich glaube noch ihre Drohungen zu hören, die die Stimme des Herrn Simons übertönen. Wer vertritt heute Deutschland? Ist es der Minister der auswärtigen Angelegenheiten oder sind es die Leute von 1914? Sie und ich werden nicht gestatten, daß den Alliierten von den Leuten, von der Kaste getrotzt wird, die den Krieg hervorgerufen hat.

Lloyd George schloß mit der Versicherung, daß er einen allgemeinen Frieden wünsche. Die Völker sind von der Kriegsatmosphäre ermüdet. Der Friede muß für immer hergestellt werden. Die Alliierten wollen keine Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergreifen, wenn sie nicht fühlen, daß das Deutschland, mit dem sie es zu tun haben, das Deutschland von ehemals ist, von den gleichen Ansichten beseelt und bemüht, den Folgen des Vertrages, den Deutschland unterzeichnet hat, zu entrinnen, und wenn sie nicht fühlen, daß Deutschland jetzt entschlossen ist, dasselbe zu tun, was es mit den Verträgen getan hat, die vor 50 oder 60 Jahren abgeschlossen wurden und die Deutschland wie einen Fetzen Papier zerriß. Die Alliierten arbeiten für dieselbe Sache, die Sache der Gerechtigkeit, und sie werden zeigen, daß sie ebenso einig wie jemals in dieser Hinsicht sind.

Wie die Agence Havas aus London meldet, sagte Lloyd George am Sonnabend in einer zweiten Rede in Birmingham, die bei innerer Politik Englands gewidmet war: Der englische Handel befinde sich augenblicklich in einem Zustande des Niederganges, aber Großbritannien werde diese Periode überstehen, wie es die Zeit der napoleonischen Kriege überstanden habe. England habe es mit unvermeidlichen Schwierigkeiten zu tun, wie sie immer auf einen großen Krieg folgten. Alle Völker der Welt litten darunter und man könne nicht mehr auf den Wohlstand zählen, der vorausgesehen Störungen unterworfen sei und stabilisiert werden müsse. Lloyd George erklärte ferner, er glaube,

Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Pfennig wert sei, dann müsse man sie für einen Pennny berechnen. Wenn er demnächst Reichsminister Simons in London sehen werde, werde er ihm bemerken, daß Deutschland keine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen.

England habe schlimmere Stunden erlebt und sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Tatkraft gegenüberstreten. Er könne sie bekämpfen, wenn die Einigkeit unter allen Engländern fortbestehe. Nach einer weiteren Havasmeldung sagte Lloyd George noch, er glaube, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfte. Wenn erst die Entschädigungssumme festgesetzt sei, werde die Mark etwas weniger schlecht stehen.

*

Die Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 7. Febr. (TU.) Die ständige Tarifkommission des Reichsverkehrsministers hat, wie verlautet, eine Vorlage beschlossen, die eine Erhöhung der Tarife für Güter um 60 Proz. vorsieht. Bei den Tarifen für Rohstoffe und Massengüter wird eine Erhöhung von 60 Proz., für Stückgüter und Fertigfabrikate um 90 Proz. vorgeschlagen. Man rechnet mit einer 9 Milliarden-Mehreinnahme nach diesen Tarifsätzen.

Kommunistische Prügelarbeit im Parlament.

Danzig, 7. Febr. (WTB.) Infolge der tätlichen Angriffe, die kommunistische Abgeordnete in der letzten Sitzung des Danziger Volksrates gegen den Senator Zimmermann unternahmen, hat die Regierung einstimmig beschlossen, wie der „Frankf. Ztg." gemeldet wird, nicht eher wieder Vertreter in die Plenarsitzungen des Volksrates zu entsenden, als bis genügend Vorkehrungen getroffen sind, um die Mitglieder der Regierung gegen Bedrohungen von Leib und Leben zu schützen. Die Angriffe in der letzten Vollsitzung erfolgten aus Anlaß der Verhaftung des deutschen Kommunisten und Reichstagsabgeordneten Wegmann, der sich zu Propagandazwecken in Danzig aufhielt. Wegmann wurde heute aus dem Gebiet des Freistaates Danzig ausgewiesen.

Polen, Frankreich und die oberschlesische Abstimmung.

Paris, 7. Febr. (TU.) „Chicago Tribune" berichtet, der Hauptzweck der Pariser Reise des Marschalls Pilsudski sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Hausminister konnte darlegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählen, wenn Polen allein stünde, würde es unter den finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekannt gemacht werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Frankreich wünsche jedoch erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens kennen zu lernen, bevor es zum Abschluß einer militärischen Allianz mit Polen bereit ist.

Die Schlafkrankheit in London.

London, 7. Febr. (WTB.) In London sind in der Woche vom 15.—21. Januar amtlich 21 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden.

Streik der Buchdrucker im Saargebiet.

Saarbrücken, 7. Febr. (WTB.) Der Streik der Buchdrucker erstreckt sich über das ganze Saargebiet. Wie verlautet, sind die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Buchdrucker verlangen eine wöchentliche Zulage von 50 ℳ. Mit Ausnahme der Saarbrückener Volksstimme erscheint keine Zeitung.

Briand will keinen Millimeter abweichen in der Reparationsfrage.

Paris, 7. Febr. (WTB.) Nach dem „Matin" soll der Ministerpräsident Briand erklärt haben, er werde nicht einen Millimeter von der Stellung abweichen, die er in der Reparationsfrage eingenommen habe. Der „Matin" fügt hinzu: Die Deutschen müßten wissen, daß die französische Regierung bei dem Abkommen von Paris bis an die äußerste Grenze ihres Entgegenkommens gegangen sei. Der „Petit Parisien" spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrsche, um die offizielle Verweigerung der Anerkennung des Abkommens der deutschen Regierung, die der Staatsrat hinsichtlich des Pariser Abkommens bestätigt habe, zu verstärken. Das Blatt spricht dann von der Lage in Bayern, das das Zentrum der deutschen Reaktion geworden sei. Die bayerische Regierung habe weder in der Entwaffnungsfrage noch in der Reparationsfrage nachgegeben.

Paris, 7. Febr. (TU.) Die heutigen Pariser Morgenblätter beschäftigen sich eingehend mit der durch die Pariser Beschlüsse in Deutschland hervorgerufenen Erregung. Ein Pariser Blatt schreibt: Die politische Erregung, die in Deutschland herrscht, beschäftigt alle Klassen. Man befürchtet, daß die alliierte Kontrollkommission in Deutschland infolge der allgemeinen Lage neuen Zwischenfällen ausgesetzt sein könnte, und man fragt, ob unter diesen Umständen die Londoner Konferenz zu dem festgesetzten Zeitpunkt stattfinden kann oder überhaupt stattfinden wird, wenn die deutsche Regierung nicht gegen die öffentliche Erregung reagiert.

Der Sinnfeiner-Führer in London.

London, 7. Febr. (WTB.) Der Führer der Sinnfeiner-Bewegung, de Valera, ist in London eingetroffen.

Dublin, 7. Febr. (WTB.) Bei zwei Überfällen auf Polizisten, die Sonnabend verübt wurden, sind ein Offizier verwundet und ein Zivilist getötet worden.

Belfast, 7. Febr. Die Sinnfeiner haben alle Telegraphen- und Telephondrähte, die nach Belfast führen, abgeschnitten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0001

Zwei Tatsachen müssen aus dieser phrasenreichen Rede festgestellt werden: Lloyd George ist bereit, deutsche Gegenvorschläge „zur Kenntnis" zu nehmen, und zweitens, die Strafandrohungen sind bedingter beschlossen worden, als die französische Presse es glauben machen wollte. Welches tatsächliche politische Gewicht diesen beiden Umständen zukommt, die die englische von der französischen Auffassung unterscheidet, kann sich frühestens nach der Unterhausrede Lloyd Georges herausstellen.

*

Französische Freude über die Rede Lloyd Georges.

Paris, 6. Febr. Die Birminghamer Rede Lloyd Georges hat in der französischen Presse fast ungeteilte Zustimmung hervorgerufen. Man merkt den Äußerungen der Blätter deutlich an, daß der im Verlauf der letzten Wochen etwas gesunkene Enthusiasmus über die Pariser Abmachungen durch die Ausführungen Lloyd Georges neuerlich belebt wurde.

Wünscht Frankreich Vertagung?

Paris, 6. Febr. Nach der Chicago Tribune wünscht die französische Regierung die Vertagung der Londoner Konferenz bis nachdem Amtsantritt des neuen Präsidenten Harding, um der neuen amerikanischen Regierung Gelegenheit zu geben, an der Konferenz teilzunehmen oder doch wenigstens ihre Auffassung gegenüber der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen zum Ausdruck zu bringen. Es wäre für die Amerikaner äußerst wichtig, zu wissen, welche Wirkung die Beschlüsse der Pariser Konferenz auf die amerikanische Bank- und Handelswelt haben wird. — Dasselbe Blatt meldet, daß an den letzten Beratungen der Pariser Konferenz auch amerikanische Bankleute zwangslos teilgenommen hätten. Diese hätten die Deutschland auferlegte Entschädigungssumme als viel zu hoch bezeichnet. Deutschland könne höchstens 15 bis 25 Milliarden zahlen, und auch diese Summe wurde von ihnen später als noch viel zu hoch gegriffen bezeichnet.

Briand ruft das amerikanische Volk zu Hilfe.

Paris, 6. Febr. **Briand richtete heute vormittag durch die „Chicago Tribune" an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs** in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit gekämpft hätten, sei unerläßlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübergestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe von Jahrhunderten bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

*

Kundgebungen gegen die Erdrosselungspolitik.

Hamburg, 6. Febr. **Auf einer von Anhängern aller bürgerlichen Parteien, sowie Mitgliedern zahlreicher Organisationen veranstalteten Protestkundgebung gegen das Pariser Erdrosselungsdiktat wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Regierung das unbedingte Festhalten an der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verlangt wird. Während der Veranstaltung läuteten die Kirchenglocken im Bereiche der ganzen Stadt.**

München, 6. Febr. **Heute mittag fand auf dem Odeonplatz vor der Feldherrnhalle eine Protestversammlung gegen die Entente-Forderungen statt, an der etwa 20 000 Menschen teilnahmen. Die Ansprache des Obersten von Xylander schloß mit den Worten: „Lieber sterben, als Sklaven der Entente werden."**

Bremen, 6. Febr. **Auf einer Versammlung der nichtsozialistischen Parteien zum Protest gegen die unausführbaren Forderungen der Entente wurde eine Entschließung angenommen, welche diese Forderungen als im scharfen Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages bezeichnet und die Erwartung ausspricht, daß keine deutsche Regierung und keine deutsche Volksvertretung sich findet, die auf der Grundlage dieser Bedingungen mit unsern Feinden zu Verhandlungen bereit sei.**

Ein Aufruf der deutschen Arbeiter an die Arbeiter der Welt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der Welt folgenden Aufruf:

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden. Die europäischen Mächte, die angeblich einen Völkerbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen. Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Arbeit tun. Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, zur Ehren Ehre Gottes und der Menschlichkeit. Vier Jahre lang haben die Völker Europas unter dem Kriege gelitten. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, büßen. Ihre Kinder und Kindeskinder sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie Arbeitstiere um Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefähr ebenso viel wie das ganze deutsche Nationalvermögen von dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, erzeugt in einem Lande, dem man die ungeheuerlichsten Lasten auferlegt, seine Naturschätze zum großen Teil genommen und dem man den Absatz der Werke seiner Arbeit nach andern Ländern unterbindet. Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Haß und Erbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben. **Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!**

Diesem Aufruf schließen sich der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale an.

Einspruch der Konsumgenossenschaften.

Hamburg, 6. Febr. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine Hamburg erlassen einen Aufruf an die Genossenschaften aller Länder, in dem gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz protestiert und dringend ersucht wird, im Interesse der genossenschaftlichen Internationale sich dem Protest anzuschließen.

Die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten.

Im Reichskanzlerpalais fand Sonnabend vormittag um 11 Uhr **die einzelstaatlichen Ministerpräsidenten** mit den Mitgliedern des Reichsministeriums zusammengetreten, um sich über die Ententenoten zu unterhalten. Wie wir dazu erfahren, vertritt die Reichsregierung die Ansicht, daß beide Noten gesondert beraten werden müssen. Im Gegensatz hierzu befindet sich der bayerische Ministerpräsident v. Kahr. Er ist der Meinung, daß die Entwaffnungsnote nicht von der Reparationsnote getrennt werden kann, und daß beide Noten als Ganzes behandelt werden müssen. Er hat von seiner Regierung die Instruktion erhalten, gegen die Noten in ihrer Gesamtheit zu protestieren. Die bayerische Regierung weist auch die Entwaffnung energisch zurück.

Das Reichskabinett steht hinter Simons.

Amsterdam, 6. Feb. **Der Reichsminister Dr. Simons äußerte sich in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Hearstpresse Karl v. Wiegand auf die Frage, ob die Regierung wirklich bei ihrem Nein bleiben werde, folgendermaßen: „Ich kann nur sagen, wenn die Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung abweicht, die ich im Reichstag in ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich die Pariser Beschlüsse für uns unannehmbar sind, so bleibe ich nicht länger im Amte und werde das meinige dazu tun, daß mein Nachfolger nur dieselbe Politik betreiben kann wie ich."**

Auf die Frage Wiegands, was geschehen würde, wenn die Alliierten Zwangsmaßnahmen ergreifen sollten, erwiderte Minister Simons: „Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leid ertragen." Schließlich bestätigte der Minister, daß er ein schon fertiges Rücktrittsgesuch am Montag zurückgenommen habe, weil das gesamte Kabinett sich mit ihm solidarisch erklärt habe.

Der Streit um die deutsche Insel Yap.

Paris, 6. Febr. Wenn die Japaner die Internationalisierung der Insel Yap nicht zugeben sollten, und die Zuweisung an Japan in der Form eines Mandats für sich verlangen würden, so würde Amerika, einer Meldung der „Chicago Tribune" zufolge, die Anerkennung aller japanischen Mandate über die früheren deutschen Kolonien im Stillen Ozean nördlich vom Äquator ablehnen

Die Lage im Reiche.

Eine Kundgebung gegen den polnischen Terror.

Berlin, 7. Febr. Gestern vormittag veranstalteten die wahlberechtigten Oberschlesier Berlins eine große Kundgebung im Lustgarten gegen den polnischen Terror, gegen die schikanösen Bestimmungen des Wahlreglements und gegen den Versuch, die Oberschlesier im Reich getrennt abstimmen zu lassen. Zehntausende von Oberschlesiern nahmen an der Kundgebung teil, in der der frühere Oberbürgermeister von Kattowitz, Regierungspräsident Pohlmann, darauf hinwies, daß die Pariser Bedingungen der Entente einen Bruch des Friedensvertrages bedeuteten. In einer Entschließung wurde dann gegen die schon erwähnten Übergriffe der Polen protestiert. An die Kundgebung schloß sich ein Demonstrationszug.

Streik in den Staßfurter Sodawerken.

Magdeburg, 6. Febr. In der Ammoniak-Soda-Fabrik in Staßfurt sind die Bäumer und Angestellten in den Streik getreten, um von der Direktion den Namen eines Angebers zu erzwingen, der die Direktion über die Verhandlungen in Betriebsbesprechungen unterrichtete. Die Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt, ohne in den Streik zu treten, mit der Erklärung, ohne die Leitung der Sachverständigen nicht weiter arbeiten zu können.

Streik bei den sächsischen Schiffswerften.

Die Schiffszimmerer der drei sächsischen Schiffswerften in Königstein, Zehren und Riesa sind wegen Lohndifferenzen und Ferientagen in den Ausstand getreten.

Der deutsch-tschechische Kohlenvertrag.

Am Sonnabend ist in Berlin, der Voss. Ztg. zufolge, der neue Kohlenvertrag mit der Tschecho-Slowakei unterzeichnet worden. Das alte, am 31. Dezember abgelaufene Abkommen war zunächst provisorisch bis Ende Januar verlängert worden. Die neuen Abmachungen, die zunächst bis zum 31. Mai gelten, wurden auf der Grundlage der alten Vertragsbestimmungen geschlossen. Deutschland liefert monatlich 110 000 Tonnen Steinkohle und erhält dafür 220 000 Tonnen böhmische Braunkohle.

Berlin, 6. Febr. Aus Breslau wird der „Voss. Ztg." berichtet: Dieser Tage sollte die Belegschaft auf der Emmagrube die von seiten der Interalliierten Kommission angeordnete Überschichtverfahren. Für diese Überschicht sollten außer einer Lohnzulage von 50 Prozent noch verbilligte Lebensmittel zur Ausgabe gelangen. Die Belegschaft hat aber auf diese Vergünstigungen verzichtet und ist nicht eingefahren.

Warnung vor zu hohen Tarifen für den Eisenbahngüterverkehr.

Der Verkehrsausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat dieser Tage in Hannover einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Der Verkehrsausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie verkennt nicht, daß die Eisenbahnverwaltung vor der Notwendigkeit steht, für ihr Milliarden-Defizit eine Deckung zu beschaffen, und daß für den auf den Güterverkehr entfallenden Teil des Fehlbetrages entsprechende Zuschläge zu den Eisenbahnfrachten zurzeit nicht zu umgehen sind. Da aber jede Tariferhöhung die Preise in die Höhe treibt, das deutsche Wirtschaftsleben erschwert und den Auslandsabsatz gefährdet, müssen die von der Eisenbahn geforderten Frachtzuschläge unbedingt auf das geringst nötige Maß beschränkt bleiben und als auf Zeit bewilligte Teuerungszuschläge alljährlicher Nachprüfung durch den Reichswirtschaftsrat unterliegen. Im übrigen ist der Ausschuß der Ansicht, daß die Ergebnisse der beiden letzten Jahre bei der Tarifaufstellung für die Zukunft nicht maßgebend sein können, weil 1. das Personal auf das unbedingt nötige Maß verringert werden muß; 2. die durch die Verluste im Kriege und durch die Abgabe des besten Materials auf Grund des Friedensvertrages herbeigeführte Verteuerung der Unterhaltungs- und Betriebskosten infolge Ausbesserung und Erneuerung des Betriebsparks mehr und mehr in Wegfall kommt; 3. die Preise für die hauptsächlichsten Materialien — ausgenommen allerdings die Kohle — in der letzten Zeit schon beträchtlich heruntergegangen sind; 4. die Wirkung der Frachtenerhöhungen ab 1. Dezember 1920 bisher noch nicht ziffernmäßig in Erscheinung treten konnte, weil die Ergebnisse dieser Monate noch nicht vorliegen.

Provinz und Nachbarländer.

Der Streik im Mansfelschen Bergwerksrevier beendet.

Halle, 7. Febr. Der Ausstand bei der Mansfelschen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft, wo sämtliche Belegschaften zum Protest gegen den Überwachungsdienst die Arbeit eingestellt hatten, ist am Freitag beigelegt worden. Die Belegschaften sind Sonnabend früh wieder angefahren. Die Massen haben dabei durch Zusammenrottungen starken Druck hinter ihre Forderungen gelegt. In mehrstündigen Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß, dem auch Kommunistenführer angehörten, wurde vereinbart, daß unter Ausschaltung auswärtiger Detektivbüros am Schluß des Monats der Sicherheitsdienst, der zur Verhütung von Diebstählen nicht entbehrt werden kann, neu organisiert werden soll, und zwar unter Heranziehung der Betriebsräte der Angestellten und Arbeiter. Unter dem Druck der Straße mußte sich die Direktion verpflichten, die Streikschichten zu bezahlen.

Gegen Karnevalstrubel in Thüringen.

Das Thüringische Staatsministerium erläßt in den Tageszeitungen eine Bekanntmachung gegen den Karnevalstrubel, in der es heißt: „Bei der schweren Lage, in der sich das Vaterland infolge einer der Vernichtung Deutschlands gleichkommenden Entschädigungsforderung der Entente befindet, würde es nicht verstanden werden, wenn jetzt karnevalistische oder sonstige, mit dem Ernst der Zeit nicht vereinbarliche Festlichkeiten veranstaltet würden. Wir bitten daher die Bevölkerung Thüringens, von solchen Veranstaltungen abzusehen."

Kleine Rundschau in der Provinz.

In **Weimar** sollen zum vermehrten Schutz der Bürgerschaft Polizeihunde aus sächsischen Mitteln angeschafft werden. — In **Gera** waren zwei maskierte Räuber trotz verschlossener Türen in eine Villa eingedrungen. Es gelang ihnen, die Bewohner derart einzuschüchtern, daß sie ihnen sämtliches Bargeld im Betrage von 900 M übergaben. — In **Erfurt** wurden der Arbeiter Schneider, die Ehefrau Reinhardt, deren Tochter Rosalie und die Arbeiterin Steinhardt festgenommen, weil sie einem Landwirt aus Kleinliebringen 15—16 000 M gestohlen hatten. — Der Staatsrat von Anhalt hat entschieden, daß die in letzter Zeit von verschiedenen Gemeinden, darunter auch **Dessau**, getroffenen Bestimmungen, wonach Neuverheiratete unter einem bestimmten Alter nicht in die Wohnungslisten eingetragen werden, unzulässig seien, da nach reichsgesetzlichen Bestimmungen jede Person Anspruch auf Zuweisung einer Wohnung habe. — Ein grauenhafter Raubmord wurde in **Lienemerbda** an der Witwe Therese Lehmann verübt. Man steckte der Frau einen Knebel in den Mund, band ihr die Hände auf dem Rücken zusammen, fägte ihr die Beine unterhalb des Knies ab und legte Feuer an das Haus. — In **Schmölln** stieß der Schlosser Keil eine von seinen zwei Geliebten, die sich beide in gesegneten Umständen befanden, am Sprottenweiher ins Wasser, weil er sie los sein wollte. Sie retteten sich und erstatteten Anzeige. — Zwischen **Wedde (Harz)** und **Magdeburg** erschoß sich eine 38—40 Jahre alte unbekannte Frau im Abteil 3. Klasse des Zuges, der in der Nacht zum 3. Februar von Berlin in Magdeburg eintraf. — In dem Kupferwerk **Ilsenburg** geriet auf der Grubenbahn der Rangierer O. Herfurt zwischen die Puffer, so daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. — Bei **Harzburg** entspann sich ein Feuergefecht zwischen Forstlehrlingen und Wilderern. Die Wilderer entkamen unerkannt. — Bei **Bad Sulza** beging der 18jährige Schriftsetzer K. Wohlfeld Selbstmord auf den Schienen. Der Grund zu dieser Tat ist ein unglückliches Liebesverhältnis. — Auf der Heimfahrt von **Altengrabow** nach Halberstadt wurde das Fuhrwerk des Gastwirts Kloemann erfaßt und zermalmt. Kl. starb an seinen Verletzungen. Sein Sohn ist ebenfalls schwer verletzt.

Merseburg und Umgegend.

7. Februar.

300 Gramm Weizenmehl.

Erhöhung der bisherigen Kopfration.

Die Pressedeutlung der Reichsgetreidestelle teilt mit:

„Das Direktorium der Reichsgetreidestelle liefert seit dem 1. November 1920 den Kommunalverbänden auf Antrag Kochmehl (Haushaltsmehl), das in einer Menge von 600 Gramm auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist diese Menge **mit Wirkung vom 16. Februar d. Js. von 600 Gramm auf 800 Gramm erhöht worden.** Der den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidestelle berechnete Kilogrammpreis beträgt zurzeit 7,50 M. Das Mehl ist 75 prozentiges reines, aus amerikanischen Körnern im Inlande hergestelltes Weizenmehl, das zum Kochen und Backen sehr geeignet ist. Zahlreiche Hausfrauen machen von dieser Gelegenheit, vortreffliches, reines Weizenmehl für einen weit geringeren Preis zu erhalten als im Schleichhandel, keinen Gebrauch, da sie glauben, daß dieses Mehl von der Beschaffenheit des bekannten „Cerealienmehl" sei. Es ist wünschenswert, daß die Kommunalverbände die Haushaltungen durch die Verkaufsstellen oder auf andere Weise darauf aufmerksam machen, daß dieses Vorurteil in keiner Weise berechtigt ist."

*

** **25jähriges Arbeitsjubiläum.** Am Sonnabend konnte bei der Firma Dekorationsmalerei Weidemann der Maler Richard Fahle, wohnhaft Christianenstraße 14, auf eine ununterbrochene 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Das Jubiläum wurde mit einer kleinen Feier begangen, wobei dem Jubilar von der Firma ein entsprechendes Geschenk überreicht wurde. Auch die Arbeitskollegen und die Innung überreichten dem Jubilar bei dieser Gelegenheit hübsche Geschenke. K. ist gebürtiger Merseburger und verheiratet, und sein Jubiläum ist ein schönes Beginn für das gegenseitige Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

** **Über die Gültigkeit der Einheitsstimmzettel** entnehmen wir einer Bekanntmachung des Landrats in unserer Zeitung folgendes: Ein Einheitsstimmzettel braucht nur den Namen der Partei zu tragen, für die er abgegeben werden soll. Außerdem kann er noch die Bezeichnungen Landtag, Provinz und Kreis tragen. Er ist für alle drei Wahlen gültig. Wird er also in einen Umschlag mit dem Aufdruck „Landtagswahl" gesteckt, so ist damit eine gültige Stimme für die betreffende Partei für den Landtag abgegeben. Trägt der Wahlzettel den Aufdruck „Provinzial-landtags- und Kreistagswahl", so genügt ein solcher Stimmzettel, um als gültiger Stimmzettel für beide Wahlen zu gelten. Mehrere Stimmzettel derselben Art in einem Umschlag gelten ebensoviel wie einer. Wird auf einem Stimmzettel, der die drei Bezeichnungen der Wahlen trägt, eine dieser Bezeichnungen handschriftlich gestrichen, so ist der Stimmzettel für die betreffende Wahl ungültig.

** **Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen** muß — wie das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt mitteilt — auf Grund des mit der Sowjetregierung getroffenen Abkommens bis zum 1. April-Lebtgiftlich. Es soll daher an alle noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen die Aufforderung der Reichszentrale ergehen, sich bis zum 15. Februar in einem Lager zu melden. Innerhalb der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt befinden sich Kriegsgefangenenlager in Altengrabow, Gardelegen und Quedlinburg. Internierte der bolschewistischen Armee kommen hierbei nicht in Frage. Im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes ist es dringend erwünscht, daß möglichst alle Kriegsgefangenen abbefördert werden und daher die Aufforderung weiteste Verbreitung findet. Für Kriegsgefangene, die in Deutschland bleiben wollen, werden noch besondere Bestimmungen getroffen werden.

** **Über die Einführung des Reichsschuljahres** haben im Reichsschulausschuß unter Leitung des Reichsministeriums des Innern Verhandlungen stattgefunden. Dadurch sollen die Schwierigkeiten beseitigt werden, die die heutige Verschiedenartigkeit des Schulbeginns für Eltern, Schüler und Schulverwaltungen mit sich bringt. Wenn Bayern beabsichtigen sollte, am Herbstbeginn festzuhalten, so verzichtet es freiwillig auf die Gleichmäßigkeit seines Schulbeginnes mit den übrigen Ländern, die deshalb nicht den Vorteil eines gemeinsamen Schulanfangs aufgeben werden.

** **Der deutsch deutscher Bodenreformer**, Ortsgruppe Merseburg, hält seine Ortsgruppen-Hauptversammlung am heutigen Montag, 7½ Uhr abends, im „Herzog Christian" ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen und Geschäftsbericht über das verflossene Jahr.

*

Der Evangelische Arbeiterverein

hielt gestern abend in der „Guten Quelle" einen Familienabend ab, der leider verhältnismäßig schwach besucht war. Der neue Vereinsvorsitzende Herfurth begrüßte die Erschienenen und den Redner des Abends. Nach dem gemeinsamen Gesange des „Gleich wie vereint zur guten Stunde" hielt cand. phil. Nowag einen interessanten Vortrag über „Gehirn und Seele". Die Frage nach dem Bestehen der Seele, ihrem Wesen und ihrem Sitz hat die Philosophen aller Völker und Zeiten beschäftigt und starke gegensätzliche Meinungen hervorgerufen. Im allgemeinen sieht man jetzt im Gehirn den Sitz der Seelentätigkeit, eine Anschauung, die jedoch der Phrenologie oder Schädellehre des Dr. Gall zugrunde liegt, der nach der bei jedem Menschen besonders gestalteten Form des Schädels, der das Gehirn einschließt, die besonderen Eigenschaften und „Sinne" des Betreffenden feststellen wollte. Der Vortragende schilderte dann den Wunderbau des Gehirns mit seinen Zellen und Nervenkränzen. Wie dieser wunderbare Mechanismus in Tätigkeit gesetzt werde, entzieht sich größtenteils unserer Kenntnis, da wir die Beobachtungen nur an toten Menschen oder Tieren machen können. Doch muß die Ansicht des Monismus, nach der Materie und Geist, Gehirn und Seele, dasselbe sei, scharf zurückgewiesen werden. — Nach einer kurzen Pause und dem Gesange „Ich hab mich ergeben" setzte Herr Nowag seine Ausführungen fort und sprach dann besonders von der Lokalisation bestimmter körperlicher und geistiger Erscheinungen im Gehirn. Jedem Körperglied und jeder geistigen und sinnlichen Tätigkeit entspricht eine Stelle des Gehirns; eine Verletzung dieser Stelle (im Kriege häufig durch Verwundungen) hat eine Lähmung der Glieder, eine Störung der Sinnesfunktionen zur Folge. Das wies er an zahlreichen Beispielen nach, besonders an der Sprache, die in ihrem mechanischen Teile (Sprechfähigkeit überhaupt) und ihrem mehr seelischen Teile (Wortbild) genau in bestimmten Gehirnzellen lokalisiert ist, zwischen denen durch zahlreiche Nervenstränge eine Verbindung besteht. Er ging dann noch ausführlich auf die Entwickelung der Sprachfähigkeit beim Menschen ein, die nicht vor dem 7. Monat einsetze, und nur ganz allmähliche Fortschritte mache. Der Sprachschatz, über den ein Mensch verfügt, ist abhängig von dem Grade seiner Bildung; er soll dem Kinde durch Vorzeigen der Sache und Benennung derselben vermittelt werden. So ließ der Redner die Anwesenden einen Blick tun in die wundervolle Werkstatt des Geistes, hinter der wir uns voll Ehrfurcht den Schöpfer und Leiter vorstellen müssen, ein Gedanke, der aus dem Dichterworte spricht: „Auf den feinsten Nervensaiten — Spielt ein Epielmann sein Gedicht — Wohl merkst Du die Finger gleiten — Doch den Epielmann siehst Du nicht", — mit dem der Vortragende seine Ausführungen schloß. Zum wurde von Seiten der Versammlung und durch den Vorsitzenden gedankt und der Abend mit dem Gesang „Deutschland über alles" geschlossen. K.

*

Voraussichtlich gütliche Beilegung des Konfliktes auf dem Leunawerk.

Wie wir in der Sonnabendausgabe mitteilten, hatte die Arbeiterschaft des Leunawerks der Werksleitung ein bis heute Montag mittag befristetes Ultimatum in der Frage der Einführung der 48 Stundenarbeitswoche für alle Schichtarbeiter überreicht. Nach unseren Erkundigungen hierüber konnten wir gütlich beigelegt werden, da die Direktion sich bereit erklärt hat, in Verhandlung zu treten über die Forderung einzutreten entgegen ihrem bisherigen Standpunkt. Die Verhandlungen haben gegen mittag zwischen Direktion, Betriebsrat und sogen. Aufsichtsausschuß begonnen. Es ist zu hoffen, daß ihr Ergebnis die angekündigte Aktion, den Streik verhindert, zumal die Stillegung des Werkes für beide Teile ein Risiko ist, das doch reiflich überlegt sein will. Die Verhandlungen dauerten bei Redaktionsschluß noch an.

Natürlich waren heute morgen auswärts schon wieder die wildesten Gerüchte verbreitet, nach denen Streik, Putsch und Unruhen auf dem Leunawerk schon Tatsache waren. Wie den „S. N. N." gemeldet wurde, sind die Schichtmeister, die besonders in Frage kommen, mit der Einführung der Achtstundenschicht einverstanden, lehnen aber eine Aktion ab, die geeignet ist, die Einrichtung des Werkes und damit die Arbeitsmöglichkeit für Tausende von Arbeitern und Angestellten nachteilig zu beeinflussen. Vom Betriebsrat des Kraftwerkes Golpa bei Bitterfeld ist eine Sympathiekundgebung eingegangen, aus der hervorgeht, daß man sich dort in gleicher Lage befinde, aber eine Teilaktion ablehne. Sie werden nur dann an einer Bewegung teilnehmen, wenn die Aufforderung von der Vereinigten Kommunistischen Partei ausgeht.

*

Der Grenzspende für die Volksabstimmung,

deren Sammelstelle unsere Geschäftsstelle übernommen hat, sind weiter zugeführt worden:

Klasse in Fr.	20,— M
Sammlung der Deutschen demokr. Partei	405,35 M
H. M.	5,— M
F. H.	10,— M
Unbekannt	2,— M
Quittung bis 11. Januar 1921	1822,10 M
Insgesamt	2264,45 M

Wir bitten um weitere große und kleine Spenden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0002

Erfreulicher Stand der oberschlesischen Sache.

Bei den V. B. h. O.-S., Ortsgruppe Merseburg, ist heute folgendes Telegramm eingegangen:

Die Gesamtzahl der bis 3. Februar 6 Uhr abends an die paritätischen Ausschüsse abgegebenen vollgültigen Anträge ist recht zufriedenstellend gewesen. Es ist auch festgestellt, daß in großer Zahl Vorannmeldungen noch rechtzeitig eingetroffen sind, so daß bei ordnungsmäßiger Nachlieferung der vollgültigen Anträge die Gesamtzahl der Eintragungen noch erfreulicher wird. Wenn alle Stellen ebenso gründlich und pünktlich bei Einspruchsverfahren arbeiten, wird der Erfolg des Ringens unser sein.

Geschäftsführung für techn. Vorbereitungen Ver. Verb. Breslau.
gez. v. Flotow.

Mit dem 6. Februar beginnt die Frist zur Einlegung von Einsprüchen. Die Frist läuft am 17. Februar 6 Uhr abends ab, und zwar nach den bisherigen Bestimmungen der Interalliierten Kommission auch für diejenigen Stimmberechtigten, deren Anträge infolge der verlängerten Eintragungsfrist erst in der Zeit vom 4. bis 10. Februar beim paritätischen Ausschuß eingegangen sind.

Wer erhebt Einspruch? Alle Abstimmungsberechtigten auf Grund der ihnen vom paritätischen Ausschuß zu machenden Mitteilung, wenn a) ihr Antrag auf Eintragung in die Stimmliste abgelehnt worden ist, b) ihr Antrag dem Interalliierten Büro zur Entscheidung übergeben worden ist, c) wenn eine Nachricht des paritätischen Ausschusses über die getroffene Entscheidung nicht bei ihnen eingegangen ist. Die Nachreichung eines zweiten Antrages oder die Nachreichung von Beweismaterial entbindet nicht von ordnungsmäßiger Stellung des Einspruches.

Die einzige Möglichkeit, um bei der Kürze der Einspruchsfrist die ordnungsmäßige Erledigung der Einsprüche durchzuführen, besteht in dem ausgiebigen Gebrauch von Vertrauensmännern, Vertrauensdamen und Helfern. Es muß von den Ortsgruppen erreicht werden, daß überall da, wo es noch nicht geschehen ist, etwa 6 Stimmberechtigte einem Vertrauensmann übergeben werden, das die Aufgabe erhält, durch persönliche Rücksprache mit den anvertrauten Stimmberechtigten festzustellen, ob eine Benachrichtigung des paritätischen Ausschusses erfolgt ist, ob mithin Einspruch zu stellen ist, und dafür zu sorgen, daß der Einspruch rechtzeitig und in wirksamer Form gestellt wird. Es empfiehlt sich, mit den höheren Schulen sofort in Verbindung zu treten, damit die Besucher der höheren Klassen für diese Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Es empfiehlt sich ferner, in allen Schulen den Kindern in die Schulhefte diktieren zu lassen, daß in diesen Tagen Vertrauensorgane die abstimmungsberechtigten Oberschlesier aufsuchen werden, um mit den Abstimmungsberechtigten über eventuell zu stellende Einsprüche Rücksprache zu nehmen. Abstimmungsberechtigte Oberschlesier müssen, wenn sie bei Besuch des Vertrauensorgans nicht zu Hause angetroffen werden, sofort zu ihrer Ortsgruppe gehen, um dort das Erforderliche zu erfahren.

Die Beschaffung von Zeugen kommt für alle diejenigen Stimmberechtigten der Kategorie B in Betracht, die in ihrem Antrage auf Eintragung in die Stimmliste nicht mindestens zwei Zeugen haben angeben können oder deren Zeugen vom paritätischen Ausschuß nicht anerkannt worden sind. a) Wenn Anträge von Stimmberechtigten der Kategorie B abgelehnt worden sind, weil die Zeugen in laufender Nr. 16 bis 18 des Antrages fehlen oder unzureichend sind, so wende die Technische Direktion des Abstimmungskommissariats Kattowitz versuchen, durch Nachfrage in dem Geburtsort und eventuell auch durch Zeitungsaufruf zu ermitteln, ob Personen vorhanden sind, die den Stimmberechtigten kennen und infolgedessen seine Identität bezeugen können. Ermittelte Zeugen werden mit Angabe des Namens, des Vornamens, von Stand und genauer Adresse unverzüglich an die Direktion 2 der Vereinigten Verbände in Breslau zur Weitergabe an den Stimmberechtigten oder, wenn die Zeit knapp ist, unmittelbar und eventuell telegraphisch dem Stimmberechtigten bekanntgegeben werden, so daß die Mitteilung möglichst bis zum 7. Februar bei dem Stimmberechtigten eintrifft. Das Verfahren wird naturgemäß nur bei einer beschränkten Zahl von Fällen Erfolg haben. —

Nochmals wird darauf hingewiesen, daß jeder Stimmberechtigte der Kategorie B, der in seinem Antrage weniger als zwei Zeugen angegeben und zu Ziffer 20 des Antrages eine nicht vollgültige Urkunde eingetragen und beigefügt hat, sich sofort eine vollgültige Urkunde beschaffen muß.

*

Die oberschlesische Kirmes in Lauchstedt

zugunsten der Grenzfrende für die Volksabstimmung in Oberschlesien wickelte sich glatt und erfolgreich ab. Die vom Leiter der Kreisgruppe Merseburg der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier gegebene Anregung zu einer Veranstaltung zugunsten der Oberschlesierfahrt wurde von den hiesigen Vereinen gern aufgegriffen und rasch in die Tat umgesetzt, wobei die Mitglieder des Vereins keinerlei persönliche Mühe und Arbeit im Dienste der guten Sache scheuten. In die Veranstaltung wurden die drei hiesigen Säle einbezogen und ihr der Gedanke einer oberschlesischen Kirmes zugrunde gelegt. Das war auch den Veranstaltern gut gelungen. Von Mittag ab füllten sich langsam die Säle und es herrschte ein recht frohes Leben und Treiben dort. Naturgemäß wurde der mit Hilfe von Schülern hübsch ausgeschmückte Kurhaussaal einen anziehenden Eindruck. Ein einmal zu entrichtender Eintrittspreis berechtigte zum Besuch der drei Säle und so sah man bis zu den Abendstunden eine Rundwanderung durch unser Städtchen und die Festsäle. Im Kursaale lagen eine große Anzahl junger Mädchen in feschen Dirndlkostümen mit größter Ausdauer und sehr gutem Erfolg den ganzen Tag über ihrer Aufgabe ob, die Besucher zu Ausgaben für die Wohltätigkeit zu werben. Gegenüber hierzu war in ausreichender Weise geboten. Gleich neben der Türe lieh ein Schießstand den alten Infanteristen die Arme zucken nach dem Gewehr. In der Mitte war ein grün geschmückter Aufbau für die Musik. Rechts dehnte sich eine Bühne für die Humoristen. Daran schlossen sich Glücksrad und Losverkauf. Auch gewahrsagt wurde. Für die löbliche Bedürfnisse war in ausreichendster Weise vorgesorgt. Lebhaft schwollen die Stimmen und Begrüßungen herüber und hinüber, und entwickelte sich bei den Klängen der Musik ein frohes Leben. Um die vierte Stunde begrüßte ein Mitglied des Beamtenvereins die Besucher in kurzen Ausführungen, denen eine längere Ansprache des Kreisgruppenleiters Hampel folgte, in der dieser auf die Bedeutung der oberschlesischen Frage für Deutschland und jeden einzelnen hinwies und finanzielle Unterstützung der Sache durch ein solches frohes Fest und auf alle sonstige Weise wie auch Aufmunterung der Oberschlesier jedem dringend ans Herz legte. Den Gedankengängen stimmten die Besucher durch lebhaften Beifall zu. Dann entfaltete sich das Leben und Treiben zu seinem Höhepunkt für den Nachmittag, so daß man sich immer nur durchschieben konnte in dem gefüllten Saale. Auch am Abend fand sich wieder eine große Anzahl Besucher ein. Ein Paar Humoristen boten ebenfalls bis zum Abend durch Vorträge mit Beifall aufgenommene Unterhaltung. In den beiden anderen Sälen herrschte das gleiche frohe Leben und Treiben, wenn auch nicht in der Vielseitigkeit wie im Kursaal. Im Saale der Stadt Leipzig begrüßte ebenfalls in der sechsten Stunde ein Mitglied des Beamtenvereins die Besucher mit kurzen kernigen Ausführungen, und richtete der Kreisgruppenleiter Hampel-Merseburg eine Ansprache an die Versammelten. Überall walteten die jungen Mädchen in Dirndlkostümen ihres Helferamtes für die Oberschlesier mit bestem Erfolg. So darf der Beamtenverein Lauchstedt mit Stolz auf die einheitliche umfangreiche Veranstaltung für die oberschlesische Volksabstimmung zurückblicken, die so erfolgreich für ihn verlief. Und mit ihm die Bürgerschaft Lauchstedts. Denn dank des

unglaublichen kommunistischen Kampfes gegen die oberschlesische Sache

hielten sich diejenigen Kreise der Arbeiterschaft, die sonst bei allen möglichen Vergnügungen und für alle möglichen internationalen „Genossen" ihr Geld springen lassen, von diesem Rettungswerk für die deutschen Brüder und in die deutsche Sache zurück. Mit Recht konnte der eine Festredner darlegen, daß dieses kommunistische Vorgehen die größte Schmach der Geschichte eines Volkes und der Welt sei. Noch am Sonnabend hatte die Kommunisten in einer öffentlichen Wahlversammlung die Parole ausgegeben: Keinen Pfennig für diese Veranstaltung! Keine Stimme für Deutschland, keine Stimme für Polen, jede Stimme für Sowjetrußland! Kann ein noch größeres internationales Karussel in einem deutschen Kopf entfaselt werden? Die Schmach ist zu groß, um sie auszudecken! Unter den Besuchern befanden sich aber viele junge Leute aus der Umgegend. Infolge der vorbezeichneten Gegnerschaft ist es doppelt zu begrüßen, daß die Veranstaltung so gut gelungen und so schön und erfolgreich verlaufen ist. Das darf der Stolz der Bürgerschaft und des Beamtenvereins sein, die durch Besuch oder persönliche Mitwirkung und beides die Veranstaltung ermöglicht haben. S.

Kreistag.

An der heutigen für Stadt und Kreis äußerst bedeutsamen Sitzung des Kreistages, der letzten in seiner jetzigen Zusammensetzung, sind bis auf zwei alle Mitglieder anwesend. Kommissarischer Landrat Dr. Lehnsdorff begrüßt die Kreistagsmitglieder und verpflichtet die Geschäfte des Kreises treis unparteiisch und stets mit Rücksicht auf das Wohl der Kreisinsassen zu führen. Ich weiß wohl, wo der Schuh drückt und wo der Hebel zum Ausgleich anzusetzen ist. Besonders der Wohnungsfrage, wie allen Wohlfahrtsbestrebungen werde ich meine Aufmerksamkeit zuwenden. Ich gedenke der Herren Kürsten und Langer, die neben ihrer umfangreichen Arbeit die Geschäfte des Kreises in vorbildlicher Weise geführt haben. Als Dank haben sich die Kreistagsmitglieder erhoben.

Namens der Fraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei gab Parteisekretär Fiedler die Erklärung ab, daß seine Partei, da die Regierung sich bei der Besetzung des Landratsdostens nicht von den Mehrheitsverhältnissen im Kreise und ohne Verständigung mit Parteien hat leiten lassen, gegen diese Ernennung protestiert und dem neuen Landrat ihr Vertrauen verweigert.

Sodann tritt man in die Besprechung über die

Auskreisung der Stadt Merseburg

ein, in der die Vertreter der ländlichen Bezirke gegen die Auskreisung resp. für das Hinausschieben eintreten.

Abg. Haring hält das Ausscheiden der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt für äußerst ungeeignet und übereilt. Eine Kreistagsordnung ist in Aussicht, wir wissen nicht, was sie bringt. Es steht aber fest, daß der übrigbleibende Teil durch das Ausscheiden der Stadt eine ganz erhebliche Mehrbelastung erfährt. Es wäre erwünscht, wenn wir uns mit dieser äußerst wichtigen Frage möglichst eingehend beschäftigen könnten. Es ist sehr fraglich, ob wir zustimmen können, da der Landkreis nur Nachteile haben wird. Die Stadt muß dem Kreise mehr Entgegenkommen zeigen, wie es bisher der Fall ist. Es ist von seiten der Stadt alles herausgeholt worden, was herauszuholen war. Nicht in einem Punkte können wir eine Erleichterung erblicken.

Landrat Dr. Lehnsdorff: Gegen die Dringlichkeit der Vorlage ist kein Widerspruch erhoben worden. Es handelt sich nur um die sachliche Lage der Auseinandersetzung.

Abg. Sähmisch (VSP.). Meine Fraktion erkennt an, daß die Stadt Merseburg ein gesetzliches Recht hat, aus dem Kreisverbande auszuscheiden. Wir wünschen aber die Vorlage noch einmal genau zu prüfen, ehe wir unsere Zustimmung erklären. In einzelnen Punkten muß der Vertrag revidiert werden, besonders hinsichtlich der Häuser Große Ritterstraße und Mälzerstraße. Auch die Frage der Beibehaltung der hohen Beamtenzahl muß dabei geprüft werden. Wenn der Kreis ein Viertel seiner Einwohner verliert, müßte doch auch die Beamtenzahl um ein Viertel vermindert werden. Wie beantragen daher, den Vertrag durch eine 5gliedrige Kommission unter Hinzuziehung des Kreisausschusses und eines Juristen durchprüfen zu lassen.

Kreisjunktus Dr. Penkert geht dann auf die Entstehung des Vertrages ein, hebt hervor, daß die Stadt von einigen Punkten des ersten Entwurfs zurückgegangen ist. Wir sind uns wohl bewußt, daß der Landkreis bei der Ausgemeindung große Nachteile zu tragen haben wird. In der Stadt sind über 25 000 Einwohner vorhanden. Die Stadt hat infolge auf das Grundstück Dunstrade nachgegeben und ihre Ansprüche daran fallen lassen. Über die Frage der Beamten und Angestellten kann noch debattiert werden.

Erster Bürgermeister Hertzog: Ich bitte, nicht daran Anstoß zu nehmen, daß der Entwurf von seiten der Stadt kommt. Die Stadt will aus dem Kommunalverband heraus, folglich muß sie auch die Arbeiten leisten. Auch die Stadt erkennt die entstehende Mehrbelastung des Kreises an. Die Frage der verbleibenden Beamtenschaft ist Frage des Landkreises. Da die Stadt Merseburg einen eigenen Beamtenkörper hat, macht sie dem Kreise nicht den vierten Teil der Arbeit. Es ist gesagt worden, daß die Stadt rücksichtslos alles herausgeholt hat, was herauszuholen war, das ist nicht der Fall. Es hat ein verständnisvolles Zusammenarbeiten stattgefunden. Die Auseinandersetzung hat noch nie unter so günstigen Voraussetzungen stattgefunden, wie es hier der Fall ist. Der Kreis steht vor der großen Wahrscheinlichkeit, seine Einnahmen durch die neue Grundsteuer nach dem gemeinen Werte erheblich zu erhöhen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß alles so geteilt wird, wie es unter Geschäftsleuten üblich ist. Die Zurückweisung an eine Kommission würde die Sache hinausschieben und den hauptsächlichen Zweck der baldigen Trennung noch vor den Kreistagswahlen vereiteln. Findet das Ausscheiden erst nach den Wahlen statt, so machen sich sofort neue Kreistagswahlen notwendig, was hohe Kosten für den Kreis und die Parteien bedeuten würde. Da nur der Wert der Häuser und die Beamtenangelegenheit in Frage kommen, so dürfte wohl eine Schwierigkeit dagegen, daß der Vertrag heute verabschiedet wird, nicht vorliegen. Wir sind auch weiter wirtschaftlich außerordentlich angewiesen und wir hoffe, daß auch weiter ein Handinhandarbeiten zwischen Landkreis und Stadt möglich wird.

Landesrat Bothe (Dn.): Wir sind grundsätzlich mit dem Auseinandersetzungsvertrag einverstanden und wünschen, daß wir heute mit der Angelegenheit zum Schluß kommen.

Bürgermeister Schmidt (Dem.): Wir müssen uns vor Augen halten, daß Merseburg bisher ein Drittel der Kreissteuern aufgebracht hat. Es ist ein Recht und billig, daß die Stadt auch weiterhin zu den Lasten des Restkreises beiträgt. Der Auseinandersetzungsvertrag muß dem verbleibenden Teile größere Rechte geben.

Kreisdirektor Kürsten (Dem.): Die verbleibenden Reste der Kreise haben bei Ausgemeindungen stets Nachteil durch den Steuerausfall, das wird sich niemals verhüten lassen. Unsere Nachteile werden noch größer sein, wenn wir uns noch größer teilen. Merseburg hat einen gut geschulten Beamtenkörper und so dem Kreis nicht viel Arbeit gemacht.

Abg. Repolb (USP.) spricht von einer Überrumpelung der Kreistagsmitglieder und ist für Vertagung.

Erster Bürgermeister Hertzog: Es ist kein Fall vorhanden, daß eine ausscheidende Stadt noch weiter die Steuern des Landkreises getragen hat. Der Ausbau der Kreissparkasse wird sicher so gemacht werden, daß der Wert von der Kreissparkasse selbst betritten wird. Die erstere Kreisbehörde mit ihren Beamten arbeiten nicht für die Stadt, sie sind eingerichtet ausdrücklich unter der Bedingung, daß die Stadt Merseburg ausgeschlossen ist.

Landesbaurat Bothe (Dn.) beantragt Streichung der Bemerkung im Vertrage, wonach etwaige Überschüsse aus dem Jahre 1920 der Kreissparkasse geteilt werden.

Dann wird der Antrag des kommissarischen Landrats angenommen, wonach sich die Fraktionen noch eine Viertelstunde zurückziehen, um über ihre Stellung schlüssig zu werden.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt Parteisekretär Sähmisch die Erklärung ab, daß die VSP. unter der Bedingung, daß die Stadt 28 Prozent der an die Beamten und Angestellten des Kreises zu zahlenden Gehälter für das folgende Rechnungsjahr übernimmt, für die Auskreisung der Stadt Merseburg stimmt.

Erster Bürgermeister Hertzog (Dem.): Ich kann keineswegs die Zustimmung der Stadt zu diesem Punkte in Aussicht stellen. Die dadurch entstehende Verzögerung halte ich für sehr bedauerlich, ist doch dann die ganze Arbeit umsonst gewesen. Ich mache darauf aufmerksam, daß vertraglich niedergelegt ist, daß für die in beiderseitigem Interesse gemeinsam weitergeführten Behörden wie Kreisfürsorgestelle und Arbeitsnachweis der Anteil der Stadt an Beamtengehälter bezahlt wird. Auf gesetzlichem Wege würde eine derartige Verpflichtung nicht zu erlangen sein.

Landesbaurat Bothe (Dn.) als Vertreter der Stadt möchte ich mich gleichfalls gegen den Antrag aussprechen. Die Forderung übersteigt wahrscheinlich die Summe von 300 000 M. Eine gesetzliche Grundlage für diese Forderung ist nicht gegeben.

Nachdem Erster Bürgermeister Hertzog den Antrag Sähmisch nicht für gesetzlich zulässig hält, kann sich Abg. Haring (Dem.) nicht auf den Boden des Antrages stellen, obwohl er im Interesse des Kreises auch herausholen möchte, was zu holen ist. Wer die Lage der Dinge kennt, weiß, wie wenig die Stadt dem Kreise Arbeit gemacht hat.

Parteisekretär Sähmisch hält seinen Antrag aufrecht und auf dem Vergleichswege für zulässig. Die Stadt hat einen Vorteil, der Kreis den Nachteil. Will die Stadt schnell heraus, mag sie die Bedingung übernehmen, sonst wird die Stadt noch lange Zeit Kreissteuern zahlen müssen.

Erster Bürgermeister Hertzog: Es fragt sich, ob es richtig ist, wenn man durch Bereitung von Unannehmlichkeiten unzweifelhaftes Recht zurückdrängen will, wenn man unter Ausnutzung der Lage unberechtigte Vorteile herausschlagen will. Im Privatleben könnte sich leicht der Staatsanwalt mit der Sache befassen. Der Kreis arbeitet für die Stadt überhaupt nicht. Mit Ausnahme der Polizeifragen arbeitet die Stadt direkt mit dem Regierungspräsidenten. Dieses Vorgehen ist ein Herauspressen von Mitteln, weil man glaubt, die Stadt will unbedingt heraus. Ich bitte, den Antrag, dem Kreisausschuß die Beamten folgenden Zusatz hinzuzufügen unter Ablehnung des Antrages Sähmisch: „Darüber, ob für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 die Stadt anteilmäßig an den Beamten und Angestelltengehältern teilnimmt, soll unbeschadet der sonstigen Gültigkeit des Vertrages im Rechtswege entschieden werden. Von der kommunistischen Mehrheit, einschließlich des Stadtrates Langer wird dieser Antrag abgelehnt und der Antrag Sähmisch, der eine ungerechte Erpressung an der Stadt darstellt, angenommen. Betreffend der Kreisbäuser und Kreisgrundstücke wird dahin der Vertrag abgeändert, daß die Stadt das Vorkaufsrecht auf die Kreisgrundstücke erhält, sie jedoch ohne Anteil an dem Wert derselben bleibt. Die durch diese Abänderungen notwendig gewordenen weiteren redaktionellen Änderungen werden ohne Widerspruch angenommen, worauf dieser Punkt nach 3-stündiger Tagung nicht zu allgemeiner Zufriedenheit angenommen ist.

Zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Großgräfendorf wird Gutsbesitzer Schimpf-Großgräfendorf, zum Schiedsmann Müllermeister Walther-Sotterey gewählt, die Wahl für den Amtsbezirk Großgörschen zurückgezogen. Im Bemdorf wird zum Schiedsmannsstellvertreter Bernhard Müller-Benna bestimmt.

Für die Unterhaltung der Fahrbahn über die Saalebrücke bei Dürrenberg werden aus dem Brückenfonds 2900 M zur Verfügung gestellt.

Angenommen wird die Erhöhung der Entschädigung für den Kreisschornsteinfeger von 4000 M auf 5000 M.

Der letzte Punkt der Tagesordnung soll auf die der nächsten Sitzung gestellt werden.

Komm. Landrat Dr. Lehnsdorff spricht sodann den Abgeordneten, die in dieser Zusammensetzung zum letzten Male versammelt sind, den Dank für die geleistete Arbeit aus und schließt die Tagung. G.

*

Wetterwarte.

V. B. am 8. 2. (Dienstag): Teils heiteres, teils wolkiges Frostwetter mit etwas Schnee. — 9. 2. (Mittwoch): Vielfach heiteres, trockenes Frostwetter.

Turnen — Spiel — Sport.

Kreisligaspiele

Sie brachten bis auf das Spiel in Merseburg, wo es beim V. f. L. für beide Punkte nicht lange, die erwarteten Siege. Wacker schlug Preußen-Halle ohne sonderliche Anstrengung mit 8:0 und Borussia triumphierte über den Sportverein 98 mit 3:1. Die Borussia hat mit diesem neuerlichen Siege in 17 Spielen 30 Punkte erreicht und damit zurzeit die größten Aussichten auf die diesjährige Meisterschaft. Ob es bei ihr zur Erringung dieses Ehrentitels reicht, erscheint bei der zurzeit wieder lebhafteren Form des vorjährigen Meisters Wacker aber zweifelhaft. Der letztere hat es bei 15 Spielen mit seinem gestrigen glänzenden Erfolge auf 25 Punkte gebracht; er hat noch drei Spiele zu absolvieren, kann also als Höchstpunktzahl 31 erreichen, während die Borussia im Falle eines Sieges in ihrem letzten Spiel allerdings auf 32 Punkte kommen kann. Nun hat sie aber in diesem letzten entscheidenden Spiel Wacker zum Gegner. Siegt sie in diesem bereits am kommenden Sonntag stattfindenden Kampfe, oder holt sie auch nur ein Unentschieden heraus, so hat sie sich damit den Meistertitel errungen; unterliegt sie aber — und dieser Fall scheint der näherliegende — so bleibt sie bei 30 Punkten stehen, und für die Wacker-Elf ersteht die Möglichkeit, sich mit einem Punkt Vorsprung an die Spitze zu setzen, noch im Finisch den hartnäckigen Gegner abzuspangen und ihm damit den schon so nahen Preis im allerletzten Moment zu entreißen. Voraussetzung dabei ist natürlich, daß Wacker auch seine dann noch ausstehenden zwei letzten Spiele ohne Punktverlust unter Dach und Fach bringt. Der nächste Sonntag also kann bereits die Entscheidung bringen! Die Liga-Tabelle bringen wir morgen.

Über den in Merseburg ausgetragenen Kampf

Sportvereinigung Weißenfels gegen V. f. L.-Merseburg 1:1

ist folgendes zu berichten: Merseburg mit Erlaß für Päz, Weißenfels mit voller Mannschaft. Der V. f. L. verscherzte sich den dem Spielerlauf nach glatt verdienten Sieg durch vielerlei Mätchen, wie sie der sich überlegen fühlende einem unterschätzten Gegner gegenüber gern anzuwenden beliebt, wenn er den Erfolg von vornherein in der Tasche zu haben glaubt. Daß sich diese scharf zu verurteilende, in den meisten Fällen verhängnisvolle Methode bei Merseburg gestern bitter rächte, dient den Heimischen für künftige Fälle hoffentlich zur Warnung. Was die Mannschaft leisten kann, wenn sie sich zusammen nimmt, bewiesen ihre letzten Spiele gegen Berlin und Borussia-Halle, die beide von den Gegnern nur ganz knapp durch Mithilfe des Glückes gewonnen werden konnten. Um so mehr befremdete die gestrige Stümperei einem in leichten Gegner wie Weißenfels gegenüber. Dazu kamen fortwährende Umstellungen. Von l und Roß, beides ausgesprochene Flügelstürmer, „spielten" auf verlorenem Posten; letzterer erschien als rechter Läufer geradezu als Karikatur, während er später auf seinem alten Posten hervorragend zur Geltung kam. Mit der Wegnahme der Genannten von den Flügeln wurden einmal diese völlig wirkungslos und zum zweiten wurden Büttner und Knothe von den ihnen ungewohnten Plätzen zu Statistenrollen verurteilt. Um das Maß voll zu machen, versuchte sich Schwarzenroth, somit die Stütze der Verteidigung, in Einzelgängen, eine Erscheinung, die gestern mit wenigen Ausnahmen auch bei der übrigen Mannschaft auf Kosten des Zusammenspiels häufig zutage trat. So fiel es schließlich den eifrigen Weißenfelsern nicht allzu schwer, in der ersten Hälfte zu leichter Übergelegenheit zu gelangen, die ihnen in der 12. Minute ein Tor und weiterhin mehrere Ecken einbrachte, während Merseburg infolge der vorerwähnten Mätchen lese ausging. Mit 1:0 für Weißenfels wurde gewechselt. Nun aber rüttelte der V. f. L. endlich um und sofort bestand der Kampf ein völlig verändertes Bild. Merseburg wurde glatt überlegen, drängte den Gegner immer mehr in seine Hälfte zurück. Die 55. Minute brachte durch Thon l den Ausgleich. Weißenfels brachte es über vereinzelte, meist wenig gefährliche Vorstöße nicht mehr hinaus. Leider versiel der V. f. L. nunmehr von dem einen Extrem in das andere: die Hintermannschaft rückte zu weit auf, selbst der Tormann Scheunke wurde sich wiederholt bis zur Mitte. Daß mit dieser Spielart bei einem zeitweise mit der ganzen Mannschaft verteidigenden Gegner die Aussichten auf erfolgversprechende Schußmöglichkeiten auf ein Minimum beschränkt werden, lehrt die Erfahrung und eine Ligamannschaft von der Qualität des V. f. L. müßte wissen, daß bei starker Überlegenheit ein leichtes Offenhalten des Spiels, eine gewisse Elastizität desselben nötig ist, um letzten Endes durch energische, konzertierte Angriffe ein leichtes Schuß zu zählbaren Erfolgen zu kommen. Der Mangel dieser Erkenntnis kostete den Heimischen gestern den sonst sicheren Sieg.

Der Schiedsrichter Hille (V. f. L.-Leipzig) erwarb sich durch seine schnellen, korrekten Entscheidungen die Sympathie von Spielern und Zuschauern, die wieder überaus zahlreich erschienen waren.

Die

Ligareserve des V. f. L.

schlug die Reserve des Hallischen Sportvereins von 1898 nach abwechselungsreichem Kampfe mit 2:1, nachdem Halle bei Halbzeit noch mit 1:0 geführt hatte. Der linke Flügel bei Merseburg war der bessere, rechts versagte häufig. Der Torwart beim V. f. L. hielt hervorragend.

Hockey.

V. f. L. I gegen Wacker-Leipzig II und III kombiniert, 0:4 (0:1).

Obige Mannschaften standen sich gestern in Leipzig auf dem recht schlüpfrigen Bahnfelde des Dobnaer Bahnhofes in Rücksicht gegenüber. In dem von Anfang bis Ende offenem Spiele war die körperlich schwere Mannschaft bei V. f. L. durch den tiefen Boden sehr benachteiligt, so daß das eine Tor der ersten und zwei weitere Tore der 2. Spielhälfte, die aus verwandelten Flanken des außerordentlich schnellen Rechts außen Leipzigs resultierten, durch die Verteidigung nicht verhindert werden konnten. Auch das vierte Tor, aus einem Gedränge, konnte der wieder sehr gute Herrfurth infolge Ausgleitens nicht verhindern. Mangel an Energie und Laufvermögen des V. f. L.-Innentturms verhinderte leider die Ausnutzung ähnlicher Situationen vor dem Wackertore, so daß das Spiel bei Schlußpfiff 4:0 für Leipzig stand. Die beiden von Leipzig gestellten Schiedsrichter walteten einwandfrei ihres Amtes.

Nordostthüringer Gau. Turnbezirk Merseburg.

Die erste diesjährige Bezirksvorturnerstunde findet am 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der Turnhalle Wilhelmstraße zu Merseburg statt. Lorauturnen haben: Freißburg Stellv. Bezirv.; Reck I Tn. Spergau; Reck II Groß- und Klein-Lehna; Barren I Friesen Frankleben; Barren II Tn. Köthen-Niederleuna; Pferd I Zöschen b. 1861; Pferd II Mölk. Bühnen: eine Muterkriege am Pferd Kenschbergs Turnerschaft. Nach dem Turnen Versammlung im Bergschlößchen. Tagesordnung: 1. Bezirksturnfest am 8. Juli. 2. Gauwetturnen der Turnerinnen am 24. Juli. 3. Kreisspiel und Sportfest in Jena am 7. August. 4. Verschiedenes. — Die im März angesetzte Bezirksvorturnerinnenvorturnstunde im Bezirk kann umständehalber nicht stattfinden. Dafür haben sich die Turnerinnen des Bezirks zur Vorturnerinnenstunde am 13. Februar in der Turnhalle Wilhelmstraße mit einzufinden.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rössner; für Provinz, Lokales und Philipp Schmitt; für Inserate und Reklamenteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahnus, Berlin-Friedenau, Landacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Böttner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0003

Leinölfirnis . . . . a Pfd. 12,—
Bleiweiß in Oel . a Pfd. 8,50
Fußbodenölfarbe . a Pfd. 10,—
Fußbodenlackfarbe a Pfd. 12,—
Emailleweißlack . a Pfd. 16,—
Terpentin . . . . a Pfd. 6,—
Siccativ . . . . . a Pfd. 12,—
Schlemmkreide . . a Pfd. 0,40
Sichelleim . . . . a Pfd. 2,50
Trockne Farben billigst.

Fritz u. Hermann Dietrich,
Friedrichstr. 16 18. Tel. 173.

Seifen billiger!

Doppelriegel, reine helle Ware . . 4,60
Feinseife, reine helle Ware 3,00
Ia Seifenpulver, 40—50 % Pak. 4,00
sowie alle anderen Waschmittel
kauft man am billigsten im
Seifen-Spezial-Geschäft
Franz Schneider, Rossmarkt 2
Bitte auf Firma zu achten.

Vereinigte Theater.

V.T.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —

Telephon 529.

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Programme von Dienstag bis Donnerstag

Kammer-Lichtspiele
Die Maske des Todes!
2. Teil.
Das Geheimnis der Zisterne!
Ein dramatisches Drama nach einer altfranzösischen Idee mit Hans Mierendorf. In der Hauptrolle als Baron Cesar v. Artois.
5 Akte! 5 Akte!
Anfang 5 Uhr.

Modernes Theater
Die Dreizehn aus Stahl!
Gewaltiges Detektiv-Drama in 5 Akt. von Wolfgang Geiger und Dr. Joh. Guhr mit Carl de Voigt in der Hauptrolle.
Anfang 5 Uhr.

Hierzu in beiden Theatern **auserlesene Beiprogramme.**

Saubere, liebevolle Pflege
für 3 Mon. alten Knaben gesucht bei wöchentl. Entschädigung von Mk. 35.— Gef. Angebote an
G. Nitzsche, Groppin,
Waldstraße 9b.

Fußbodenstaubmittel
prima Qualitäten
schon von 3 Mk per Pfund an.
Gust. Engel Söhne.

Frisch eingetroffen:
Grosse Fett-Bücklinge a Pfund . . . . . Mark **5,00**
Grosse grüne Heringe a Pfund . . . . . Mark **3,00**
bei
Emil Wolff, Rossmarkt.

Junges, lindert. Mädchen sucht sofort Stellung.
Ang. unt. 3287 an die Exp. d. B.

Schkopau.

Deutsche demokrat. Partei. Kreisverein Merseburg.

Am Donnerstag, den 10. d. M. abends 7½ Uhr, spricht Parteisekretär Walther, Merseburg, in einer
öffentlichen Wähler-Versammlung
im Gasthof zum Deutschen Kaiser in Schkopau über:
Unsere nationale Not und die Preußenwahlen.
Alle Männer und Frauen aus Schkopau und Umgegend werden zu dieser wichtigen Versammlung hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Spergau

Deutsche demokrat. Partei. Kreisverein Merseburg.

Am Donnerstag, den 10. ds. Mts., abends 7½ Uhr, spricht der Seminarlehrer Koretin in einer
öffentlichen Wähler-Versammlung
im Gasthof Winkler in Spergau über:
Die Bedeutung der Preußenwahlen.
Alle Männer und Frauen aus Spergau und Umgegend werden zu dieser wichtigen Versammlung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Für Konfirmation u. Prüfung

empfehle in reicher Auswahl:

Kleiderstoffe in schönen neuen Farben sowie schwarz in Serge, Diagonal, Popeline, Cheviot, ganz Wolle, 90/100 cm br., 80.- 68.- 60.- **48.–**
Kleiderstoffe neuartige Muster, in vielen Farben, schöne Streifen u. Caros, 80/100 cm breit . . . . . 85.— 30.— 20.— **14.–**
Konfirmanden-Hemden aus guten Wäschetuchen mit Stickerei u. Spitze garniert . 40.— 38.— 30.— **28.–**
Weiße Unterröcke aus soliden Stoffen mit reichem Stickerei-Volant in verschiedenen Breiten . . . . . 50.— 40.— **35.–**
Konfirmanden-Handschuhe in lang u. ½ lang, weiss u. farbig, 17.— 13.— 8.— **6.–**
Fertige Kleider aus soliden, haltbaren Woll- u. Waschstoffen in schwarz, farbig und gemustert . . . . . 225.— 150.— **85.–**

Konfirmanden-Kostüme, Mäntel, Jacken, Röcke, Blusen, Taschentücher, Strümpfe, Korsetts, Seidenbänder etc.
in grosser Auswahl, stets das billigste und vorteilhafteste am Lager.

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Morgen, Dienstag, von 7 Uhr an
Casino. Grosser Fastnachts-Ball.
Es ladet freundlichst ein
O. Seym.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ortsgruppe Merseburg.
Am Mittwoch, den 9. Februar nachmittags 5 Uhr
Versammlung im Ratskeller.
Tagesordnung:
1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Stellungnahme für den Delegierten zum Bundestag.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen jedes Mitgliedes. D. V.

Neues Schützenhaus

Morgen, Dienstag, den 8. Februar,
findet in den prachtvoll dekorierten Räumen
Dez. Fastnachts-Ball
statt. Einlaß 5½ Uhr.
Der Vergnügungs-Ausschuß des G.-E. S. L.

Zu verkaufen:
eine Gastwirtschaft
mit ca. 20 Morgen Rüben- und Weizenboden, Gehöft mit Stallung, Tanzsaal, Kegelbahn, Garten in der Nähe von Bad Ilbra gelegen. Näheres durch
Gelpke, Rechtsanwalt u. Notar. **Freyburg a. U.,** Kirchstraße 6.

140—150 000 Mark auf ein großes Landgut an 1. Stelle zu leihen gesucht. Ang. unt. 3211 an die Exped. d. Bl.

Wochen-Abreiß-Kalender vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner.

Speise-Zimmer
prachtvoll, solid gearbeitet, echt Eiche, Barokstil, 2 m breit, Buffet, Kredenz mit Spiegelglas, Auszugtisch für 14 Personen, 6 Lederstühle. Angebot mit Photo auf Anfrage unter 3288 an die Expedition dieses Blattes. Nicht für Händler.

Von heute mittag an steht wieder ein frischer Transport glatte, feinhaarige
Sachsenschweine
(Meißner Schlag) sowie große vollfleischige
hannoversche Läuferschweine
preiswert zum Verkauf
Mehlverkauf Rischmühle.

Deutscher Esperanto-Bund e. V.
Ortsgruppe Merseburg
ladet zwecks Besprechung der Eröffnung eines Lehrkursus in der Welthilfssprache Esperanto Freunde und Gönner zu
Donnerstag, den 10. 2. 1921
abends ½8 Uhr im Gasthause „Halber Mond" höflichst ein.

Einheitsverband
deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener
Ortsgruppe Merseburg und Umgegend.
Monats-Versammlung
Dienstag, den 8. Februar, 7½ Uhr abends im Gasthof „Zur grünen Linde".
Schwerwichtige Tagesordnung.
Kriegsopfer, die der Ortsgruppe beitreten wollen, als Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Pädagogische Arbeitsgemeinschaft
Mittwoch, den 9. Februar, abends 8—9 Uhr, im „Herzog Christian",
Schamgefühl des Kindes.
Geschlechtliche Aufklärung.
Wie sage ich es meinem Kinde.
Jedermann herzlich willkommen.

Einen zuverlässigen
Bierfahrer
stellt ein Gebr. Hickethier.

G. V. Neu-Amicitia Merseburg.
ladet seine Mitglieder zu der am Dienstag, den 8. Febr. 1921 im Vereinslokal stattfindenden
Monatsversammlung
ergebenst ein. Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Vorstand.

Mandolinen-Verein Merseburg.
Dienstag, den 8. Febr. 1921, abends 8 Uhr findet im Vereinslokal eine
Monatsversammlung
statt. Vollzähliges Erscheinen erforderlich Der Vorstand.

Nach Kolonie Rössen
zuverlässig., jüngeres Mädchen
tagsüb. als Zweitmädchen gesucht. Ang. unt. 3279 a. d. Exp. d. Bl.

Tüchtig. Hausmädchen
sofort gesucht
Weißenfelser Straße 7.

Ostermädchen
am liebsten vom Lande gesucht.
Fr. Winkler, Clobikauer Str. 30.

Saub. Aufwartung
von 8—2 od. 8—3 sofort gesucht. Ang. unt. 3284 an die Exp. d. Bl.

Ordentl. ehrliches Mädchen oder Aufwartung
zum 15. Febr. gesucht
Clobikauer Str 24, part.

Saubere, ehrliche Aufwartung,
2—3mal wöchentl., sofort gesucht. Zu melden 7—8 Uhr abends
Dammstraße 11, part.

Von Leuna nach Merseburg eine
silbergraue Boa
verloren. Bitte geg. Belohnung abzugeben Emma Berger, Grube 27.

Dunkle Pelzboa
verloren von Hallesche Str. 59 bis 115. Gegen gute Belohnung abzugeben Hallesche Str. 59, part.

2 Milchkarten
auf die Namen Faust und Fritzsche (Nr 87 und 7) lautend verloren, ab zugeben Bauerstr. 6.

Dobermann
unkupiert, Name „Lux" entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben
Vor dem Klausentor 5.

Drucksachen jeder Art
für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren, Formulare, Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert bei billigster Preisstellung in moderner u. geschmackvoller Ausführung
Buch- und Akzidenz-Druckerei
Th. Rössner, Merseburg S.
Kleine Ritterstrasse 3
Setzmaschinen-Betrieb Eigene Buchbinderei

Hermann Schladitz

Uhrmacher

Großes Lager moderner Uhren

Zeitgemäße Schmucks Bestecke Optische Artikel

Kl. Ritterstr. 11

Fernsprecher 472

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 31. Montag den 7. Februar 1921. 47. Jahrg.

Die Ueberpreußen.

Die beiden Rechtsparteien suchen im gegenwärtigen Wahlkampfe einander in der Bekundung „echten Preußentums" zu übertreffen. Beide begehen darum auch das Unrecht, mit dem „Alten Fritz" eine Art Schmutzkonkurrenz zu treiben. Sein Bild muß sowohl die volksparteilichen, wie die deutschnationalen Plakate illustrieren. Dabei wird man die Empfindung nicht los, als ob der alte Herr einen verächtlichen Blick auf diejenigen würfe, die ihn für den Wahlkampf mißbrauchen. Denn daß der große Freidenker von Sanssouci, der unerbittliche Kritiker monarchistischer Unvollkommenheit, zu Unrecht von den Rechtsparteien mit Beschlag belegt wird, kann keinem geschichtlich Gebildeten zweifelhaft sein.

Vom Standpunkt des reinen parteipolitischen Nutzens aus könnte man es gewiß begrüßen, daß sich die Deutsche Volkspartei zu einer rein preußisch-partikularistischen Partei entwickelt hat. Vom gesamtdeutschen Interesse aus muß man es auf das allertiefste beklagen. Ihre Anhänger variieren die Töne des Potsdamer Preußentages in der Wahlagitation, und die Versammlungen werden vielfach mit dem Liede „Ich bin ein Preuße" geschlossen. Dabei passiert den volksparteilichen Rednern manch seltsamer Irrtum. So beschuldigte kürzlich ein volksparteilicher Debatteredner den Reichsminister a. D. Preuß, daß er gesagt habe, er kenne kein preußisches Vaterland. Von Herrn Preuß stammt gewiß manch prägnantes Wort, aber das Zitat, daß hier in Betracht kommt, geht auf einen andern Mann zurück, der selbst von konservativen Historikern der Retter Preußens genannt wird: Den Freiherrn vom und zum Stein, der nach 1806 ausrief: „Ich kenne nur ein Vaterland, das ist Deutschland!" Im Gegensatz zu Stein hat man auf dem volksparteilichen Preußentage in der Eröffnung und am Schluß vom „preußischen Vaterlande" gesprochen. Aber solche rednerischen Floskeln wären nicht so tragisch zu nehmen, wenn sie nicht von anderen Wortwendungen begleitet wären, die eine schwere Schädigung gesamtdeutscher Interessen bedeuten. In Potsdam ist der Raub deutscher Grenzmarken im Westen, Osten und Norden als Verlust kostbarer Stücke preußischen Landes, wertvoller Teile preußischen Volkes beklagt worden. Das heißt denn doch die Revision des Friedens auf ein ganz falsches, nämlich das partikularistische Gleis, schieben. Den Verlust der Nordmark, des Memellandes, Danzigs, Posens, Westpreußens, Hultschins und Eupen-Malmedys sollen ganz ebenso wie die Preußen, auch die Süddeutschen, die Sachsen und alle anderen Stämme empfinden. Es heißt die deutsche Einheitsfront auf Revision des Friedens bedenklich schwächen, wenn man im Wahleifer hier Redewendungen wählt, die die Einheitsfront für Wiedererlangung dieser Gebiete schwächt.

Nun wird von den Rechtsparteien gleichmäßig die Selbstverwaltung der Provinzen als der Beginn der Zerstückelung Preußens bezeichnet, während doch das Gegenteil richtig ist. Um Preußen zu erhalten, um dem Partikularismus und Separatismus die Mitläufer zu entziehen, will man berechtigte Selbstverwaltungswünsche erfüllen. Man knüpft damit an an die Politik des Vertrauens, von der der Freiherr vom und zum Stein sich leiten ließ, als er in Preußens tiefster Not die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden schuf. Ein rechtzeitiges Erkennen notwendiger Reformen schützt am besten den Bestand des Staates. Das sollten doch die konservativen Deutschnationalen und die Volksparteiler aus ihrem eigenen Versagen bei der preußischen Wahlreform am besten wissen. Sie haben in kurzsichtigem Starrsinn sich selbst dann noch dem gleichen Wahlrecht widersetzt, als die Krone in Preußen dafür eintrat. Ihre parteiegoistische Engherzigkeit schaufelte dem Preußen der Könige das Grab. Wollen sie jetzt auch noch dem preußischen Staat das Ende bereiten, indem sie durch Verweigerung aller Selbstverwaltungsrechte, den Partikularismus in den Grenzmarken stärken? Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die Deutsche Volkspartei die preußische Verfassung, die die Selbstverwaltung der Provinzen vorsieht, mitangenommen hat. Was soll also jetzt ihre Agitation? Sie ist lediglich ein Ausfluß der Sorge, daß die Überpreußen im deutschnationalen Lager der Volksparteiler Wählerstimmen wegnehmen könnten. Dieser Wahlangst opfert die Partei die letzten Traditionen der alten Nationalliberalen Partei von 1867 und verleugnet damit die große Überlieferung von Bennigsens, des Gründers des Deutschen Nationalvereins. Damit wird die Deutsche demokratische Partei die einzige Bewahrerin des deutschen und großdeutschen Programms unter den nichtsozialistischen Parteien. So vorteilhaft das wahlpolitisch ist, im deutschen Interesse ist es zu beklagen, daß die Deutsche Volkspartei hinter die Bestrebungen der vormaligen Freikonservativen Partei zurücksinkt!

Politische Uebersicht.

Schweiz.

Die Gewerkschaften gegen jede Einfuhrbeschränkung

Bern, 6. Febr. Der Ausschuß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes lehnte in einer gestern abgehaltenen Sitzung die geplanten Zollerhöhungen und alle Beschränkungen der Einfuhr ab.

Tschecho-Slowakei.

Der deutsche Eisenbahnvertreter für Prag.

Prag, 6. Febr. Die deutschen Reichseisenbahnen haben den bisherigen Verkehrsinspektor bei der Dresdener Eisenbahn-Generaldirektion Freytag nach Prag als Vertreter entsandt, wo er ständig als Organ der deutschen Reichseisenbahnen wirken wird.

Ungarn.

Die Entente gegen die Rückkehr der Habsburger.

Wien, 6. Febr. Aus Budapest wird gemeldet: In der gestrigen Parteikonferenz der Partei der kleinen Landwirte, die einen Flügel der Mehrheitspartei bildet, teilte der frühere Staatssekretär von Valla mit, daß er im Auftrage des englischen Kommissars für Ungarn, Hobler, folgende Erklärung abzugeben habe: Die Entente betrachte im Gegensatz zu der Auffassung des ungarischen Außenministers die Rückberufung der Habsburger auf den ungarischen Thron keineswegs als eine innerungarische Frage, sondern als eine europäische. Nicht bloß die kleine Entente, sondern auch die große vertrete diese Auffassung. Über die Maßnahmen, die die Entente zu ergreifen gedenke, wenn man sich in Ungarn über diese Auffassung hinwegsetzen wolle, sei es noch nicht an der Zeit, das Notwendige zu sagen. Die Konferenz der Partei der kleinen Landwirte beschloß hierauf, im Sinne der freien Königswahl und ausdrücklich gegen die Wiederkehr der Habsburger vorzugehen.

Polen.

Pilsudskis Erfolge in Paris.

Paris, 6. Febr. Die Ergebnisse der Reise Pilsudskis nach Paris wurden in einem offiziellen Kommuniqué zusammengefaßt, in dem es heißt, daß die Regierungen von Frankreich und Polen in gleicher Weise bestrebt waren, ihre Sicherheit und den Frieden zu retten unter Gemeinsamkeit der Interessen anerkannten, welche diese beiden befreundeten Länder verbinden. Bezüglich der Handelsvertragsberatungen der beiden Staaten kann gesagt werden, daß Polen anscheinend große Konzessionen bezüglich der Petroleumgruben in Galizien an Frankreich machte. Dafür wird Frankreich anscheinend einen großen Beamtenkörper zur Verfügung stellen, um die staatliche Organisation Polens durchzuführen.

Rumänien.

Krieg in Bessarabien?

Wien, 6. Febr. Aus Budapest wird gemeldet: Die Budapester Blätter berichten aus Temesvar, daß die dortigen Spitäler mit verwundeten rumänischen Soldaten überfüllt sind. Täglich treffen Züge mit Verwundeten ein, die in Bessarabien bei Zusammenstößen mit den Bolschewisten verwundet worden sind.

Frankreich.

Russische Propagandagelder in Frankreich.

Der Generalsekretär der „Humanité", du Rois, sowie der Syndikalist Gressfuhes werden beschuldigt, Geld aus Moskau empfangen zu haben, um bolschewistische Propaganda in Frankreich zu betreiben. Du Rois wurde verhaftet, Gressfuhes entwollen in Freiheit gelassen.

13 000 Wrangelsoldaten in der Fremdenlegion?

Die „Humanité" meldet, daß 13 000 Soldaten der Armee Wrangel in die Fremdenlegion eingetreten seien. Das Blatt verlangt darüber Aufklärung von Briand.

Deutsche Thermometer für französische Spitäler.

Paris, 6. Febr. Die Verwaltung der Pariser Spitäler (Assistance Publique) hat 8000 deutsche Thermometer angekauft, weil der Preis pro Stück sich nur auf 3 Francs 49 Centimes stelle, während die französischen Fabrikanten 5 Francs 60 Centimes fordern. Die Genossenschaftskammer der französischen Instrumentenerzeuger erhob Protest, aber das Direktorium der Assistance Publique, Mourier, erklärte, daß eine Ersparnis von 18 000 Francs den Ankauf in Deutschland durchaus rechtfertigen müsse.

England.

Churchill übernimmt das Kolonialministerium.

Paris, 6. Febr. Nach einer Meldung des Londoner Korrespondenten des „Temps" wird im Laufe dieser Woche Lord Milner das Kolonialamt verlassen und durch Winston Churchill ersetzt werden. Man glaubt bestimmt, daß Sir Worthington Evans Kriegsminister und Lord Lee Marineminister werden wird.

Griechenland.

Das neue Ministerium.

Paris, 6. Febr. Nach einer „Havas"-Meldung aus Athen ist das Kabinett Calogeropulos mit allen ehemaligen Mitgliedern des Ministeriums außer Rhallis gebildet worden. Das Ministerium setzt sich nur aus Mitgliedern der Partei Gunaris zusammen. Der Ministerpräsident soll das Portefeuille des Auswärtigen übernehmen.

Türkei.

Mustapha Kemals Bedingungen für die Alliierten.

Paris, 6. Febr. Nach einer „Temps"-Meldung aus Konstantinopel sind die Bedingungen, die Mustapha Kemal Pascha hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, folgende: Der Sultan erkennt die Regierung von Angora als die einzige türkische Regierung an und wird in Konstantinopel verbleiben, die Regierung provisorisch in Angora. Das Konstantinopeler Kabinett wird durch einen besonderen Ausschuß, der von Angora akkreditiert wird, ersetzt. Angora akkreditiert die Ententemächte des Sultans und der kaiserlichen Familie und die Gehälter der Beamten. Diese Bedingungen seien vom Sultan und der Regierung von Konstantinopel für unannehmbar gehalten worden. Die Verhandlungen dauerten an.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Gompers als Präsident des Arbeiterbundes.

Frankfurt a. M., 6. Febr. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Newyork: Auf der 3. Jahresversammlung des Allamerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labour) ist nach heftigem Kampf Samuel Gompers zum Präsidenten gewählt worden.

Deutschland.

Die Einheitsfront.

So bedauerlich es ist, daß angesichts der Pariser Zumutungen ein Kabinett der nationalen Zusammenfassung, wie es von den Demokraten vorgeschlagen wurde, gescheitert ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß sachlich die Einheitsfront in der Ablehnung der feindlichen Zumutungen klar vorhanden ist. Es ist notwendig, diese Linie nicht verwischen zu lassen, sondern sie im Gegenteil zu vertiefen. Freilich sind dafür gewisse Grenzen vorhanden. Die Sozialisten werden in der Ablehnung stark durch internationale Gründe beeinflußt, und die Rechtsparteien, besonders die Deutschnationalen, vergessen bei ihrer Agitation, daß die Ablehnung der Pariser Beschlüsse nur dann nach außen hin eindrucksvoll sein wird, wenn gar kein Zweifel darüber entsteht, daß es sich hier nicht um eine deutschnationale Parteiangelegenheit, sondern um eine Sache des ganzen Volkes handelt. Von demokratischer Seite, und zwar vom Wahlkreisverband Westfalen-Nord, ist in einem Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert die Einstellung aller Parteikämpfe verlangt worden. Das entspricht durchaus dem Aufrufe, der schon vom Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei, Herrn Senator Dr. Petersen, ergangen ist. Der Vorschlag der westfälischen Demokraten, Einheitslisten für die bevorstehenden Wahlen aufzustellen, läßt sich leider nicht mehr verwirklichen, weil die Frist für die Einreichung solcher Listen bereits verstrichen ist, eine Neuausschreibung der Wahlen aber technisch eine Unmöglichkeit ist und sich auch im Hinblick auf die oberschlesische Abstimmung nicht empfiehlt. So bleibt den Parteien nur übrig, den Aufruf des deutsch-demokratischen Führers Dr. Petersen zu beherzigen und die Wahlkämpfe unter Ausschaltung jeder Parteizänkereien streng sachlich zu führen.

Petersen über die Pariser Forderungen.

In der „Hilfe" veröffentlicht Abg. Petersen einen Artikel über die Schadensforderung der Alliierten, in dem er die Unmöglichkeit ihrer Erfüllungen und die Ungerechtigkeit der Forderungen nachweist. Er schließt mit den Worten: „Was soll Deutschland demgegenüber tun? Es soll auf der in Aussicht genommenen Konferenz einen Gegenvorschlag machen, der bis an die Grenzen des Möglichen geht, aber für ein freies Kulturvolk erträglich ist und der es ihm ermöglicht, sein soziales und kulturelles Leben fortzuführen. Wird das nicht erreicht, so dürfen wir nach der Lehre von zwei Jahren nicht noch einmal den Fehler begehen und unsere Unterschrift unter Bestimmungen setzen, die unsinnig und unmoralisch sind. Will die Entente uns mit Gewalt zerstören, so überlasse man ihr vor der Welt dafür die alleinige Verantwortung und den Henkerdienst. Will die Entente das deutsche Volk zu Sklaven machen, so übernehme sie auch der Welt gegenüber die klare unzweideutige Rolle des Sklavenhalters mit seinen Mitteln der Gewalt. Es kann und wird sich keine Regierung im deutschen Reiche finden, die bereit sein wird, solche Bedingungen zu unterzeichnen und auszuführen."

„Die Stunde der Erlösung".

Dr. Helfferich, der jetzt unter die Sozialistentöter gegangen ist, hat vor einigen Tagen in einer Münchener deutschnationalen Ver-

---

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hinze.

58. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Das Fenster im dritten Stock blieb an diesem Abend dunkel: Nur vom fahlen Nachthimmel fiel ein matter Schein in den engen Raum, auf den gepackten Koffer und auf die Gestalt des unglücklichen jungen Schriftstellers. Das schöne Antlitz entstellt von dem Unfaßbaren, gruben seine Finger sich in das alte, zerfiße Leder des Sofas — eine mechanische Betätigung des Gefühls, das in ihm grub — grub!

Denken — denken müssen — immer dasselbe eine: Was du vergötterst hast mit heißem Blut, ist ein Trugbild gewesen. Von seinen Lippen hast du getrunken, hast vor verderbter Seele gekniet. Fertig werden mußte er mit der Gefühlsfala von Liebe bis zum Ekel . . . ertragen lernen, daß das Licht ein Irrlicht — daß das Licht erloschen war.

Langsam kam die Nacht geschlichen, die schlaflose, entsetzliche Nacht, wo zu dem dumpfen Druck auf Seele und Sinne sich die Dunkelheit gesellte, dieses gefährliche Gespenst für erlahmende Willenskraft — die Sommernacht, die düste- und wonnereiche für die, denen der Stern der Liebe leuchtet.

Achim Vohberg fuhr empor. Was der Verstand, was das moralische Gefühl ihm auch gebot — die Seele konnte sich doch nicht losreißen von dem, was sie besessen hatte. Ilotta Tanero, die bocksfüßige Gebierin, und Marchesa Orsilio, den berüchtigten Stern des Varietetheaters — die Liebe trennte sie beide beharrlich voneinander — die Liebe, die sterben hätte sollen in dem einen, einzigen Augenblick. Aber es stirbt sich nicht so leicht.

Die Darstellerin der Venus, ob auch sie ihn erkannt hatte? Er dachte nicht daran, nicht an sie überhaupt; immer nur an Ilotta Tanero, in dem gelben Salon.

Er legte die Sonde an die Wunde. Er dachte an ihren Blick voll geheimer Glut und wußte nun, weshalb er unter ihm erbebt war. Und er dachte an ihr geschicktes Spiel und jäh abspringend an die Worte in der Nebenloge im Varieté. Und dann fiel ihm das Wesen der Marietta ein. Wie hatte sie doch einmal ihre Herrin genannt?

Und über alles dieses hinweg trat sie da selber wieder vor ihn hin mit dem allen, berauschenden Zauber, mit der Glorioie von Eigenart und Gebergröße. Und Spiel — Betrug war auch dies gewesen? Und ihre Liebe zu ihm? Nur ein kurzer Rausch für die Abenteuerin?

Er stieß das Fenster auf. Er glaubte ersticken zu müssen in dem engen, dunklen Raum.

Sein Stolz, sein Name war befleckt, wenn das Geschehnis an die Öffentlichkeit drang — befleckt vor sich selbst. Nur ein Strich blieb, ein leerer Strich, wo in seinem Innern eine Welt gewesen!

Es war sonderbar, aber weder Zorn noch Haß gegen die Urheberin regten sich in ihm. Die Marchesa Orsilio war seines Zornes unwürdig, und gegen jene, die er geliebt — über alles geliebt hatte, war er keines Zornes, keines Hasses fähig . . .

Im Osten dämmerte schwach der junge Morgen. Das blasse Licht in der Dunkelheit schuf ein Bild vor seine Seele: Vom letzten Tagesstrahl beleuchtet, in dem dämmerigen Gemach Ilotta Tanero, die Arme ihm nachgestreckt.

Er schrie auf, grell, wild, wie das Tier aufschreit, wenn es den Todesstreich empfängt. Und dann schlich es heran, von der Seele in den Sinn: Wer hatte es ihm denn bestätigt, daß jene liebeatmende Gestalt wirklich dieselbe war, die sich der Menge zeigte? Seine Augen allein hatten geurteilt; jener Augenblick aber hatte seine Nerven ja fast gelähmt gehabt, seine Sehkraft mithin geschwächt. Italienerinnen ähneln einander oft sehr. War hier also nicht eine frappante Ähnlichkeit möglich? Und — die Venus hatte blondes Haar gehabt!

Die Starrheit in ihm wich höchster Aufregung. Mit krankhafter Gier rief er sich den Anblick der Venus ins Gedächtnis zurück. Doch je eifriger er darnach suchte, desto unklarer ward sie ihm. Ilotta Tanero, so wie er sie in seinem Herzen trug, siegte. Bald hoffend, bald zweifelnd und fast fiebernd vor Erregung, beschloß er, sich am kommenden Morgen selbst die Entscheidung zu holen.

Wie er sein Vorhaben ausführen könne, ohne Ilotta im verneinenden Falle seinen Argwohn zu verraten, war ihm noch unklar, aber sein Gemüt und seine Nerven waren zu zerrüttet, um darüber nachzudenken. Das Unwürdige des Gedankens, der er Ilotta, falls sie dieser nicht identisch war, zufügig, marterte sein sensibles Empfinden. Wie ein Gedankenstrich aber stand der Ausgang des Ganzen in seiner krankhaft erregten Phantasie.

Mit heißen Augen sah er in den erwachenden Morgen hinein. Er glaubte, die Ungeduldheit müsse ihn verzehren.

Als die Sonne ins Fenster schien und der Lärm des Werktags laut wurde, trat das Erlebnis des verflossenen Abends mit neuer Macht vor ihn hin und gewann wieder die Gestalt der Wahrheit.

Ohne das Frühstück berührt zu haben, nahm er um die zehnte Morgenstunde mit einem Gefühl seelischer Vernichtung den Weg nach dem Hotel „Kurfürstenhof".

Wie ein Traumwandelnder am hellichten Tag schritt er dahin, ohne es selber zu wissen, daß er es tat, ohne Acht auf irgendetwas um ihn her. Ob er den richtigen Weg — ob er fehlging — was wußte er es? Er fragte nicht danach. In ihm war nur die eine einzige Frage, die ihn instinktiv Schritt für Schritt vorwärts tun ließ, und dahinter das große leere Nichts — Nirvana. Und das ließ ihn dahinschreiten — wie unter einer unsichtbaren höheren Herrschaft — der Herrschaft des Fatums, bis auf einmal sein Fuß stockte und sein Blick wie abwesend haften blieb auf dem, was er da plötzlich vor sich sah . . .

Vor dem Hotel stand eine Schar Leute, andere traten hinzu. Zurufe, Murmeln, gespannte Mienen.

Jetzt tauchten blinkende Uniformen auf. Aufgeregt folgten die Augen der Gaffer den Polizisten, die ins Hotel schritten.

Gleich darauf betrat Vohberg dasselbe. Im Vestibül, in den Gängen, auf den Treppen Gruppen — Herren und Damen, manche erst in halbvollendeter Toilette. Dazwischen auf leisen Sohlen die Lakaien, die Bediensteten; gedämpfte Stimmen, verstörte Mienen.

Die Türen der Fremdenzimmer hatten sich geöffnet, Köpfe lugten heraus, angstvolle Blicke.

Jetzt ging oben die Tür zum gelben Salon auf: Stimmengemurmel drang hervor, leichenblaß, mit allen Zeichen des Entsetzens im Gesicht, trat der Hotelbesitzer heraus.

Wie aus einem Traum erwachend, überblickte Vohberg die Situation. Und da packte ihn ein Gefühl, vor dem alles, was er hoffte, was er fürchtete, auslöschte — ein Gefühl, das seinen Herzschlag stocken machte. Ohne sich klar bewußt zu werden, was es sein könnte, bahnte er sich den Weg die Treppe hinauf.

„Es wird niemand hineingelassen!" ertönten Stimmen hinter ihm.

Der Blick des Hotelwirtes traf ihn.

„Mein Herr, gehörten Sie nicht auch zu den Bekannten der Marchesa Orsilio?" fragte er gedämpft.

Leichenblässe überzog das Gesicht Vohbergs.

„Nein, mein Herr. Ich bin gekommen, die Dame, die hier wohnt — er wies auf die Tür des gelben Salons — „Signora Tanero, zu besuchen."

Er kam nicht weiter. Die Tür des Salons flog auf und die Marietta, angstentstellt, zwischen Weinen und Kreischen, wankte heraus.

„Das — ist der Herr — ich hörte drinnen seine Stimme — an den der Zettel — gerichtet ist!" brachte sie hervor.

Vohberg begriff und unterschied nichts mehr.

Instinktiv nur fühlte er, daß hier das Schicksal bereits die Entscheidung gefällt hatte.

„Was ist hier geschehen?"

Mit diesen Worten hatte er, bevor noch die anderen ihn zurückhalten konnten, die Tür des gelben Salons geöffnet.

Die Hand des Wirtes, der ihn zurückdrängen wollte, abschüttelnd, schritt er in besinnungsloser Hast vorwärts.

Im Salon lehnte in einer Fensternische, dem Eintretenden den Rücken zugekehrt, ein Polizist, mit Notieren beschäftigt, sonst war der weite Raum leer und nichts darin zu erblicken.

Die Portieren, die nach dem Boudoir führten, aber waren weit zurückgeschlagen — —

Der Schrei der Marietta, die dem Vorwärtseilenden folgte, kam zu spät. Was an Furcht und Hoffen und was an ahnungsvollem Entsetzen sein Inneres durchbebte, hatte bereits sein Ziel gefunden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0005

sammlung erklärt: Es werde auch in Preußen ohne die Sozialdemokratie gehen und dann werde im Reiche die Stunde der Erlösung schlagen. Diese Erklärung paßt wenig zu seiner Haltung, die er seinerzeit als verantwortlicher Minister, als Vizekanzler, eingenommen hat. Damals breitete er in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums, beide Arme weit aus, um die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit aufzufordern. Das Protokoll des Staatsministeriums vom 3. Januar 1916 gibt die Ausführungen Dr. Helfferichs wie folgt wieder:

„Bei der Größe und der Bedeutung, welche die Sozialdemokratische Partei im Reichstag und im Volke nun einmal habe, sei es die bedeutungsvollste Aufgabe der Regierung, einen großen Teil der Sozialdemokratie zu positiver Arbeit zu gewinnen. Die Regierung müsse dahin arbeiten, daß die Revisionisten nicht von den Radikalen niedergekämpft würden, und müsse die große Masse der sozialdemokratischen Wähler aus den Schützengräben auf den Boden unserer Gesellschaftsordnung zurückzuführen suchen. Dazu sei gewiß auch Aussicht vorhanden, aber doch nur, wenn man sich zu Konzessionen verstehe, denn sonst würden die eifrigen Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei, ihren inneren Zusammenhang aufrechtzuerhalten, nicht zu überwinden sein."

Herr Dr. Helfferich hat ja nicht bloß in diesem Falle gründlich „umgelernt", sondern hat sich, wie zum Beispiel in der Frage des unbeschränkten U-Bootkrieges, wiederholt geschickt den Verhältnissen anzupassen verstanden.

Das militärische Kräfteverhältnis vor Ausbruch des Weltkrieges.

Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zu prüfen hat, hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung gefaßt: 1. der Ausschuß geht von der Auffassung aus, daß die politischen Handlungen, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeiführten oder zu verhindern geeignet waren, davon beeinflußt wurden, wie ihre Urheber die militärischen Kräfte der einzelnen Staaten beurteilten. Es besteht vielfach die Auffassung, die Mittelmächte hätten bei Kriegsausbruch eine erdrückende militärische Überlegenheit besessen. Der Ausschuß erblickt deshalb eine die politischen Erörterungen vorbereitende Aufgabe darin, die militärischen Kräfteverhältnisse der europäischen Staaten, zwischen denen der Krieg ausbrach, festzustellen; 2. der Ausschuß hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten der beiden hauptsächlichen Bundesgruppen berücksichtigte, festgestellt, daß die verbündeten Mächte, Rußland und Frankreich, den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden; 3. der Ausschuß hält die Frage, wie der deutsche Generalstab die militärische Gesamtlage im Jahre 1914 beurteilte, und ob sich die politische Leitung über den militärischen Stand der Dinge genügend unterrichtete, sowie insbesondere, ob die Regierung sich über die politische Auswirkung des deutschen Operationsplanes hinreichend Rechenschaft gab, nicht für geklärt, und beschließt diese Frage zum Gegenstand einer weiteren Prüfung zu machen. Aus der im Beschluß beigefügten Übersichtstafel ersehen wir, daß die Friedensstärke Deutschlands nach den Berechnungen des französischen Generals Buat 870 000 Mann, die französische 910 000 Mann betrug. Die planmäßigen Kriegsstärken waren nach Buat für Deutschland und Frankreich gleich (je 79 Divisionen), dagegen standen nach den Berechnungen von Montgelas den 50 österreichischen Divisionen 117½ russische Divisionen gegenüber. Die Gutachten der Sachverständigen, zu denen namentlich Graf Montgelas gehört, werden demnächst veröffentlicht werden. Nachdem dieses Teilergebnis der Arbeiten erzielt ist, wird sich der Untersuchungsausschuß mit den bis 1914 immer mehr zunehmenden internationalen Spannungen beschäftigen.

Ein landwirtschaftlicher Antrag des demokratischen Abgeordneten Dr. Blunck angenommen.

Auf Grund der Berichterstattung des Abg. Dr. Blunck beschloß der Ausschuß für den Reichshaushalt: Der Mais ist im Austausch gegen Getreide an die Erzeuger im Verhältnis von 1 Zentner Getreide gegen bis 1½ Zentner Mais zu liefern, unter entsprechender Berücksichtigung der kleineren und viehreicheren Wirtschaften, sowie im Austausch gegen Schlachtschweine unter entsprechender Berücksichtigung des Preisverhältnisses.

Vom Krankenlager der Kaiserin.

Haus Doorn, 6. Febr. Der jüngste ärztliche Bericht über das Befinden der Kaiserin lautet: Vermehrte Unruhe und zeitweilig auftretende Depressionen bilden die zurzeit am meisten hervortretenden Symptome. Während aber die äußeren Krankheitserscheinungen einem häufigen Wechsel unterworfen sind, bleibt der Zustand im großen der eines quälenden Siechtums mit zwar steigen, aber langsamem Kräfteverfall und ist unverändert ernst zu beurteilen.

Handel — Verkehr — Industrie.

Wirtschaftspolitischer Rückblick.

Die Börse bedarf seiner Ruhetage mehr. Die Pariser Beschlüsse haben den allzu lebhaften Verkehr plötzlich zum Stillstand gebracht. Da niemand weiß, was die Zukunft bringen wird, hat auch die Spekulation das Spiel fast völlig aufgegeben. Über der deutschen Wirtschaft lagert wie eine drohende Wolke die Note der Entente, und jeder wartet, bis sich das Wetter entladen hat, ehe er wieder zu neuer Tätigkeit und zu neuen Entschlüssen übergeht. Man muß sich eigentlich wundern, daß die Forderungen der Alliierten keinen stärkeren Sturz der deutschen Valuta zur Folge gehabt haben. Bis heute hat jedoch der Rückgang der Mark noch nicht einmal die Kurserhöhungen ausgeglichen, die die Mark seit Jahresbeginn infolge der amerikanischen Haussespekulationen erfahren hatte. Der Dollar ist in Berlin zurzeit für 62 bis 63 ℳ zu kaufen. Er stand am Anfang des Jahres auf 64 bis 65 ℳ und war allerdings inzwischen schon bis auf 58 ℳ heruntergegangen. Es scheint aber, daß die amerikanischen Kapitalisten ziemlich hartnäckig an ihrem Marktbesitz festhalten und die Note der Entente, die doch den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen muß, nicht so furchtbar ernst nehmen. Diese Tatsache scheint allerdings jenen Optimisten recht zu geben, die jetzt wieder auf ein vermittelndes Eingreifen Amerikas ihre Hoffnungen setzen. Jedenfalls hängt für Deutschland heute alles davon ab, ob es gelingt, trotz der überspannten und sinnlosen französischen Forderungen zu einem vernünftigen Übereinkommen mit der Entente zu gelangen. Deutschland kann schließlich die Frucht seiner Arbeit in der Gegenwart den Alliierten ausliefern und hat das zum Teil ja schon tun müssen, aber es kann ihnen nicht die Arbeit seiner Kinder und Kindeskinder verschreiben.

Mit einem Riesenbukett von Steuern hat der Reichsfinanzminister wieder einmal das deutsche Volk überrascht. Da die direkten Steuerquellen fast völlig erschöpft sind, mußte man diesmal ausschließlich zu indirekten Steuern greifen, um für die durch die Bezahlung der Kriegslasten erwachsenen Milliardenausgaben Deckung zu finden. Zuckersteuer, Umsatzsteuer, Branntweinsteuer, Börsensteuern, und einige andere indirekte Abgaben sollen erhöht, bezw. weiter ausgedehnt werden. So will man z. B. die Besteuerung des Zuckers von 14 ℳ auf 100 ℳ für den Doppelzentner heraufsetzen. Hiergegen dürften wohl doch vom Standpunkt der Volksgesundheit und der Volksernährung aus berechtigte Bedenken erhoben werden. Im übrigen freilich werden sich angesichts des ungeheuren Geldbedarfs des Reiches an den Forderungen des verantwortlichen Leiters der Reichsfinanzen kaum wesentliche Abstriche machen lassen. Bekanntlich hatten gewisse Ententekreise bereits bemängelt, daß Deutschland zwar seine direkten, nicht aber auch seine indirekten Steuern bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit erhöht habe. Diesem „Mangel" wird nun nur allzu schnell abgeholfen werden müssen. Wenn aber alle Steuermöglichkeiten erschöpft sind, womit sollen dann notwendig werdende neue Ausgaben gedeckt werden?

Als einen neuen Schritt auf dem Wege zu vertikalen Trusts haben wir die in Angriff genommene Verschmelzung zwischen den Rheinischen Stahlwerken und der Arenbergschen Bergwerks- und Hütten A.-G. zu betrachten. Das große rheinische Industrieunternehmen will sich ebenso wie andere verarbeitende Großbetriebe eine Kohlenbasis sichern. Daneben verbienen auch die Ausdehnungsbestrebungen des Stinneskonzerns in Ostpreußen, der dort neben den beiden Königsberger Zellstoff-Fabriken und einer Anzahl Schiffahrtsgesellschaften vor kurzem eine Maschinengenossenschaft zur Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und Geräten erworben hat, einige Beachtung.

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getauft: Margarete, T. d. Kaufmanns Mangold; Marianne, T. d. Zimmermeisters Schlesvigk. — **Getraut:** der Kaufm. Ernst Illint u. Fr. Anna geb. Becher. — **Verstorben:** der Sägewerksbesitzer E. Greif.

Stadt. Getauft: Erich, S. des Hilfsweichenstellers Lukas; Elfriede, eine unehel. T. — **Getraut:** der Vorarbeiter K. Gawlitta mit Frau E. F. Dietlo geb. Pertus. — **Beerdigt:** die T. d. Geschirrführers Freund; die Ehefrau des Briefträgers a. D. Schmidt.

Neumarkt. Getauft: Waldtraud, T. d. Arb. Richter. — **Getraut:** der Kaufm. Fran Weise mit Frau Johanna geb. Brühl. — **Beerdigt:** Heinz, S. d. Bergarb. Nimrich.

Altenburg. Getauft: Helmut, S. des Kaufmanns Mehler; Herta, T. des Kaufmanns Horynsch; Heinz, unehel. S.; Alfred, S. des Schlossers Kunath; Helmuth, S. des Lokomotivführer Anwärters Wege; Heinz, S. des Mechanikers Lowitzsch. — **Getraut:** Der Oberweiser Karl Warschau mit Frau Martha geb. Schelle; der Kaufmann Kurt Classe mit Frau Martha geb. Kopsch.

Aus auswärtigen Blättern.

Gestorben.
Hermann Böttcher (48 J.), Lauchstedt; Karl Eule (25 J.), Querfurt; Anna Köbel (20 J.), Obergreißlau; Margarete Gäbler (22 J.), Schkeuditz; Elisabeth v. Adelebsen, geb. Kersten (76 J.), Halle; Frau Generalmajor von Koerber, geb. v. Goeßnitz, verw. v. Schrader, Halle.

Verlobt.
Ida Schumann u. Kurt Rostoski Hohenmölsen; Albertine Zurich und Georg Lucke, Weißenfels; Martha Linsner und Bernhard Meßmann, Weißenfels.

Todesanzeige.
Am 5. Februar verschied sanft nach kurzer Krankheit unsere herzensgute treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter.
Henriette Hofmann
geb. Hiesekhahn
im fast vollendeten 63. Lebensjahre.
Kleinkayna, d. 7. 2. 21.
Dies zeigen schmerzerfüllt an:
Familien Dietzsch und Meyer.
Beerdigung findet Mittwoch nachm. 3 Uhr statt.

Zwangs-Versteigerung.
Dienstag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr versteigere ich im Gasthof „Zur grünen Linde": 1 Nußbaum-Vertikow, 1 Nußbaum-Sofatisch öffentlich meistbietend gegen bar.
Rudusch,
Gerichtsvollzieher in Merseburg.

Statt Karten.
Kurt Classe
Martha Classe
geb. Kopsch
Vermählte.
Merseburg a. S., den 7 Februar 1921.

Ihre stattgefundene **Vermählung** geben bekannt
Wittenberg, den 31. Januar 1921.
Magistrats-Syndikus Otto Roth
Martha Roth verw. Böttger geb. Lehmann

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.
Karl Warschau u. Frau
Marta geb. Schelle.
Helbra, 7. Februar 1921. Merseburg,

Die glückliche Geburt eines gesunden
Töchterchen
zeigen hocherfreut an
Richard Schäfer und Frau
geb. Thomas.

Statt besonderer Anzeige.
Die glückliche Geburt eines
gesunden krättigen Jungen
zeigen hocherfreut an
Kurt Richard
Richard Dietrich
Käthe Dietrich geb. Mayen.
Merseburg, den 7. Februar 1921.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten und sein Grab mit Kränzen schmückten, herzlichen Dank.

Besonderen Dank dem Landwehr- und Kriegerverein sowie dem Kirchen- und Schulvorstand für zahlreiche Beteiligung, der Zuckerfabrik Körbisdorf für die herrliche Kranzspende, dem Herrn Pastor Schöne für die trostreichen Worte am Grabe sowie Herrn Lehrer Möhring und der Schuljugend für den schönen Grabgesang.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Geschwister Zimmermann.
Naundorf, den 5. Februar 1921.

Am 6. ds. Mts. verschied im hohen Alter von 91 Jahren mein Bruder, unser Onkel und Großonkel, der Privatmann
Andreas Hartrodt.
Wer seine Liebe, Treue und Aufrichtigkeit gekannt hat, wird ihn mit uns nie vergessen.
Merseburg, den 7. Februar 1921.
Familien Hartrodt, Schurig, Schäfer und Hartung.
Beerdigung findet Mittwoch, den 9. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des städt. Friedhofes aus statt.

Sonntag morgen nahm Gott unsere heißgeliebte, holde, kleine
Irmgard
nach kurzem, schwerem Krankenlager im fast vollendeten 2. Lebensjahre zu sich.
In tiefstem Schmerze
Prof. Dr. Wedding, Margarete Wedding, geb. Belche.
Merseburg, den 6. Februar 1921.
Die Beerdigung findet Mittwoch 4 Uhr von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Am 5. Februar erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager, Bruder und Onkel
August Stephan
im 50. Lebensjahre in Karlsfeld durch einen sanften Tod von seinen qualvollen Leiden erlöst ist.
Merseburg, den 7. Februar 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen
Hedwig Stephan und Kinder.
Beerdigung findet Mittwoch nachmittag ½4 Uhr vom Trauerhause Hälterstraße 10 aus statt.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen für die innige Teilnahme, Herrn Pastor Sengsch für die trostreichen Worte herzlichen Dank.
Merseburg, den 7. Februar 1921.
Familie Friedrich Schmidt.

Junger Beamter sucht sofort hübsch möbliertes Zimmer.
Ang. u. u 3282 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
per sofort od. zum 1. März sucht Otto Just, Leuschenthal b. Halle a. S., Freiseldstr. 19.

Möbliertes Zimmer
von besserem Geschäftsmanne gesucht. (Dauermiete). Angeb unter 3280 an die Exp. d. Bl.

Jung. Mann sucht sofort oder später freundl. Schlafstelle.
Ang. u. 3281 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
mit 2 Betten und Kochgelegenheit von Ehepaar sofort zu mieten gesucht. Bettwäsche kann gestellt werden. Ang. unt. 3271 an die Exp. d. Bl.

Junger Kaufmann sucht per bald möbliertes Zimmer.
Ang. unt. 3286 a. d. Exp. d. Bl.

1—2 leere Zimmer
mit Kochgelegenheit sofort oder später gesucht. Werte Angebote an Bruno Lauxner, Groß-Kayna, Gewerkschaft Michel.

Wohnungs-Tausch
Kemberg (Bez. Halle)-Merseburg.
Suche Stube, Kammer und Küche in Merseburg gegen ebensolche in Kemberg, passend für Kleinrentner, Pensionäre. Elektrisches Licht, billige Miete. 3-Zimmerwohnung auch angenehm. Angeb. erb. an Naujoks, Merseburg, Sand 1, 2 Tr.

Smoking gut erh., für 18jähr. jungen Mann, mittl. Fig. zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 3285 a. d. Exp. d. Bl

Piano leihweise zu übernehmen gesucht
Angeb. u. 3283 an die Exp d. Bl

Tel. 983. **Pferde** Tel. 983.
zum Schlachten
kauft jederzeit zu höchsten Tagespreisen
Möbius, Roßschlächterei,
Inh.: Georg Trautmann,
Merseburg, Tiefer Keller Nr. 1.
Inhaber der Erlaubniskarte zum Ankauf von Schlachtpferden.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

1 Fahrrad
zu verkaufen
Breitestr. 10, 2 Tr., l.

Guterh. hell. Klappwagen und Babby-Korb
z. verk. Gotthardstr. 9, Hof.

Sehr guterhalt. Kinderwagen
ist zu verkaufen
Friedrichstr. 15, 2 Tr. l.

Geldschrank
170 × 60 × 60 zu verkaufen. Zu erfr. Ob. Breite Str. 18, 1 Tr.

Dobermann-Hund
ist preiswert zu verkaufen
Kirchhofstr. Nr. 8.

Mehrere mittl.
Arbeits-Pferde,
darunter ein Pony (langschw.) stehen billig zum Verkauf.
Ernst Hauck, Halle a. S.,
Hordorfer Str. 3. Fernspr. 2669

Stroh
verkauft Lindenstr. 2.

Saat-Erbsen.
Strube'sche Viktoria, 1. Abstaat, je Zentner 200 Mark empfiehlt aus eigener Saatautwirtschaft
Zuckerfabr. Körbisdorf A. G. Körbisdorf.

Degenhardt Sand 16
empfiehlt Dienstag u. Mittwoch frisch eintreffend
Große grüne Heringe
Pfund nur 2,80 Mark.
Große Fettbücklinge
Pfund nur 6 Mark,
in Kisten 5¼ Pfund Inhalt 22 Mark.
Mittwoch Verk. am Wochenmarkt

Deutsche Warte
Tageszeitung
für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform
mit den Beiblättern
Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt
Monatlich nur 6 Mark
Berlin NW 6.

10% Rabatt
auf meine schon niedrig gestellten Preise in
Porzellan, Steingut, Glas.
Leihgeschirr
bei billigster Berechnung.
E. M. Renner,
Markt 18, I.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Ehrtfreianzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen: „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 31 — Montag den 7. Februar 1921 — 47. Jahrg.

Die Einladung nach London.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Der hiesige französische Botschafter hat am Freitag im Auftrag der Pariser Konferenz anläßlich eines Besuches bei dem deutschen Minister des Äußern Dr. Simons mündlich die Einladung übermittelt, am 1. März Delegierte nach London zu senden. Minister Dr. Simons hat sich die Antwort vorbehalten.

Auch der britische Botschafter sprach bei Dr. Simons vor.

Der französische Botschafter Laurent begibt sich nach Paris zurück, er hat sich mit Dr. Simons über die gesamte politische Lage und besonders eingehend über die Entente noten unterhalten.

Etwas formlos hat der französische Botschafter in Berlin, Herr Laurent, in einer Unterhaltung mit dem deutschen Außenminister Dr. Simons die Einladung zu der Konferenz in London übermittelt. Herr Dr. Simons mußte sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten, denn während der französische Botschafter bei ihm weilte, waren gleichzeitig die Ministerpräsidenten und Vertreter der deutschen Länder versammelt, um die Voraussetzungen zu beraten, unter denen wir überhaupt geneigt sind, nach London zu gehen. Die letzte Entscheidung wird das Reichskabinett zu fällen haben. Es ist sehr leicht möglich, daß die deutschen Gegenvorschläge in kürzerer Zeit aufgestellt sein werden, als man gemeinhin annimmt. An ihrer Abfassung wird sicher Staatssekretär Bergmann beteiligt werden, der am Sonnabend vom Reichspräsidenten zu einer längeren Unterredung empfangen wurde. Ehe wir jedoch unsere Gegenvorschläge bekannt geben können, müssen uns die Pariser Beschlüsse offiziell notifiziert worden sein.

Inzwischen nimmt der Entrüstungsprozeß in Frankreich seinen Fortgang. Man soll sich freilich hüten, in dieser Richtung die Kammerdebatte zu überschätzen. Die Kritik Tardieus an Briands Erfolgen bedeutet lediglich einen innerpolitischen Vorgang, und es ist für uns in keiner Weise von Vorteil, wenn die Parteikonkurrenz in Frankreich sich lediglich in der Überbietung des vorhandenen Wahnsinns durch einen noch größeren zeigt. Höchstens waren die Äußerungen Tardieus interessant, die sich gegen England richteten. Frankreich weiß, daß seine 134 Milliarden Schulden bei England eine stärkere Realität sind als das papierne Traktat von Paris und Tardieu hat auch vermißt, daß man Lloyd Georges Versicherungen, England habe 85 Milliarden Kriegspensionen bezahlt, nicht seine Verdienste an Kriegsfrachten, die allein über 30 Milliarden betragen, entgegengehalten habe. Natürlich wächst auch sonst die Skepsis in der Welt. Der italienische Kammerausschuß für die auswärtige Politik hat sich einstimmig gegen die 12 %ige Besteuerung der deutschen Ausfuhr ausgesprochen, und er findet auch die Entschädigungsziffern für zu hoch. Auch in England beginnt sich die Stimmung der Vernünftigen zu regen, wenn auch die Kritik an Lloyd Georges Unfall außerordentlich sanft ist. Die englische Presse weiß natürlich ganz genau, daß die Pariser Regelung für England von so ausschließlichem Wert wäre, daß sie sich hüte, die Pariser Beschlüsse grundsätzlich zu verwerfen. Nur die wenigen aufrechten Liberalen unterlassen auch jetzt nicht den Hinweis darauf, daß die Welt ein wirtschaftliches Ganzes ist, und daß man sich selber schädigt, wenn man seinen Abnehmer totschlägt.

Am bemerkenswertesten ist der Hinweis der englischen liberalen Organe auf Amerika. Man weiß natürlich bei der Entente ganz genau, daß die ganze Regelung der Wiedergutmachung besonders dann nicht ohne die Zustimmung Amerikas erfolgen kann, wenn irgendwelche Bestimmungen getroffen werden, die Amerikas Interessen berühren. Nun aber wird Amerika außenpolitisch erst wieder aktiv werden, wenn am 4. März Herr Harding die Präsidentschaft offiziell übernehmen wird. Dennoch ist es natürlich auch ein Stück Verlegenheit, wenn die britische liberale Presse eine Vertagung der Konferenz bis zum März anregt.

In Deutschland klammert man sich nach unserer Meinung etwas zu stark in seinen Hoffnungen an Amerika. Es ist höchst seltsam, daß jetzt beispielsweise Männer wie der Graf Reventlow eine Politik geradezu auf Amerikas Unterstützung aufbauen. Gewiß gibt es auch Amerikaner, die mit dem Grafen Reventlow verkehren und ihm hin und wieder für seine Zeitschrift einen Artikel schreiben. Aber man sollte sich nicht täuschen, diese Kreise sind lediglich Einzelpersonen von völliger Einflußlosigkeit. Amerika wird sich lediglich nach seinen eigenen Interessen richten. Dabei ist allerdings zuzugeben, daß die Pariser Vorschläge in sehr wichtigen Punkten das amerikanische Interesse verletzten. Wenn nur mit Zustimmung der Reparationskommission Anleihen amtlicher und privater Natur begeben werden können, so beengt das Amerikas Freiheit genau so wie die unsere. Eine Besteuerung der deutschen Ausfuhr müßte eben dazu führen, daß Amerika in den Produkten, die es unbedingt von uns kaufen muß, der eigentliche Bezahler der Wiedergutmachungssumme ist. Dieses Gefühl spielt auch in Italien eine nicht geringe Rolle.

Die Zwischenzeit bis zur Londoner Konferenz können wir nicht besser ausnutzen, als indem wir über den Charakter der feindlichen Zumutungen im ganzen deutschen Volke die notwendige Aufklärung verbreiten. Man darf sagen, daß die Einmütigkeit Deutschlands in der Ablehnung des Pariser Milliardenwahnsinns vollkommener ist als jemals einer feindlichen Forderung gegenüber. Während noch beim Friedensvertrag die unabhängigen Sozialisten für die Annahme des Vertrages auf der Straße demonstrierten, hat jetzt der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund im Verein mit der Asa einen Aufruf an die Arbeiter der Welt gerichtet. In diesen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen stehen zehnfache Unabhängige in der Führung. Die Einheitsfront ist da, auch wenn sie diesmal die starken Worte vom Sommer 1919 vermeidet. Zu allem Überfluß hat der Außenminister Dr. Simons dem amerikanischen Korrespondenten Herrn von Wiegand seine Versicherung wiederholt, daß er, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung, die er im Reichstage abgegeben hat, abweicht, er nicht länger im Amte bleiben wird. Auch der frühere Reichskanzler Hermann Müller hat betont, es würde sich keine Regierung finden, die bereit wäre, die Pariser Beschlüsse für ausführbar zu erklären. Die Einheitsfront ist da. Bewahren wir sie mit allen Mitteln!

*

Lloyd George antwortet Dr. Simons.

London, 7. Feb. Lloyd George hielt Sonnabend vormittag vor 2500 Personen gelegentlich der Überreichung des Bürgerbriefes von Birmingham seine angekündigte Rede. Nach einleitenden Worten wandte er sich der Pariser Konferenz zu. Die erste Bedingung der Wiederkehr einer friedlichen Atmosphäre, welche für uns notwendig ist, besteht darin, daß der Versailler Vertrag respektiert wird. Man kann den Alliierten vertrauen, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages neuen Bedingungen angepaßt werden, die entstehen können, aber der Versailler Vertrag muß [illegible]

die Rede des Dr. Simons.

Das ist ein Staatsmann, den ich als ernst zu nennen glaube und als entschlossen, seine Verpflichtungen durchzuführen, wenn er will. Wenn Dr. Simons falsche Eindrücke erhalten hat, so ist das leicht wieder zu verbessern. Er beklagt sich, nicht die ganze Note erhalten zu haben. Sehr gut, wenn er die Note haben will, so ist sie zur Absendung bereit, und ich rate Dr. Simons, die in Paris aufgestellte Note anzunehmen.

Der Ministerpräsident bemühte sich dann zu zeigen, daß die Deutschland auferlegten Lasten für die Reparationen nicht übermäßig seien. Für die ersten zwei Jahre ist diese Last nicht so hoch wie die Lasten Englands und Frankreichs für die Pensionen. Man müsse Frankreich auch für die Verwüstungen entschädigen. Es ist falsch, daß man den deutschen Arbeitern eine wirtschaftliche Sklaverei auferlegen wolle. Solle der französische Arbeiter bezahlen, der dem Angreifer während des ganzen Krieges tapferen Widerstand geleistet hat? Soll Frankreich für seinen Heroismus mit einer schweren Bürde belastet bleiben, und soll Deutschland dieser Not entrinnen? Nein, unsere Forderungen sind gerecht, und es muß ihnen entsprochen werden.

Dr. Simons sagte, daß er andere Vorschläge machen wollte. Das ist sein Recht. Wenn diese Vorschläge billig sind, werden die Alliierten sie zur Kenntnis nehmen. Wenn sie aber nur einen Versuch bilden, sich der Bezahlung der Entschädigungen zu entziehen, haben die Alliierten damit nichts zu tun.

Dr. Simons erschien gelegentlich der Konferenz von Spa gerecht und vernünftig, aber ich hatte das Empfinden, daß hinter ihm die Leute von 1914 stünden. Ich glaube noch ihre Drohungen zu hören, die die Stimme des Herrn Simons übertönen. Wer vertritt heute Deutschland? Ist es der Minister der auswärtigen Angelegenheiten oder sind es die Leute von 1914? Sie und ich werden nicht gestatten, daß den Alliierten von den Leuten, von der Kaste gedroht wird, die den Krieg hervorgerufen hat.

Lloyd George schloß mit der Versicherung, daß er einen allgemeinen Frieden wünsche. Die Völker sind von der Kriegsatmosphäre ermüdet. Der Friede muß für immer hergestellt werden. Die Alliierten wollen keine Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergreifen, wenn sie nicht fühlen, daß das Deutschland, mit dem sie es zu tun haben, das Deutschland von ehemals ist, von den gleichen Ansichten beseelt und bemüht, den Folgen des Vertrages, den Deutschland unterzeichnet hat, zu entrinnen, und wenn sie nicht fühlen, daß Deutschland jetzt entschlossen ist, dasselbe zu tun, was es mit den Verträgen getan hat, die vor 50 oder 60 Jahren abgeschlossen wurden und die Deutschland wie einen Fetzen Papier zerriß. Die Alliierten arbeiten für dieselbe Sache, die Sache der Gerechtigkeit, und sie werden zeigen, daß sie ebenso einig wie jemals in dieser Hinsicht sind.

Wie die Agence Havas aus London meldet, sagte Lloyd George am Sonnabend in einer zweiten Rede in Birmingham, die der inneren Politik Englands gewidmet war: Der englische Handel befinde sich augenblicklich in einem Zustande des Niederganges, aber Großbritannien werde diese Periode überstehen, wie es die Zeit der napoleonischen Kriege überstanden habe. England habe es mit unvermeidlichen Schwierigkeiten zu tun, wie sie immer auf einen großen Krieg folgten. Alle Völker der Welt litten darunter und man könne nicht mehr auf den Wechselkurs zählen, der fortgesetzten Schwankungen unterworfen sei und stabilisiert werden müsse. Lloyd George erklärte ferner, er glaube,

Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Pfennig wert sei, dann müsse man sie für einen Pfennig berechnen. Wenn er demnächst Reichsminister Simons in London sehen werde, werde er ihm bemerken, daß Deutschland keine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen.

England habe schlimmere Stunden erlebt und sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Tatkraft gegenübertreten. Er könne sie bekämpfen, wenn die Einigkeit unter allen Engländern fortbestehe. Nach einer weiteren Havasmeldung sagte Lloyd George noch, er glaube, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfe. Wenn erst die Entschädigungssumme festgesetzt sei, werde die Mark etwas weniger schlecht stehen.

*

Die Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 7. Febr. (TU.) Die ständige Tarifkommission des Reichsverkehrsministers hat, wie verlautet, eine Vorlage beschlossen, die eine Erhöhung der Tarife für Güter um 60 Proz. vorsieht. Bei den Tarifen für Rohstoffe und Massengüter wird eine Erhöhung von 60 Proz., für Stückgüter und Fertigfabrikate um 90 Proz. vorgeschlagen. Man rechnet mit einer 9 Milliarden-Mehreinnahme nach diesen Tarifsätzen.

Kommunistische Prügelarbeit im Parlament.

Danzig, 7. Febr. (WTB.) Infolge der tätlichen Angriffe, die kommunistische Abgeordnete in der letzten Sitzung des Danziger Volkstages gegen den Senator Zimmermann unternahmen, hat die Regierung einstimmig beschlossen, wie der „Frankf. Ztg." gemeldet wird, nicht eher wieder Vertreter in die Plenarsitzungen des Volkstages zu entsenden, als bis genügend Vorkehrungen getroffen sind, um die Mitglieder der Regierung gegen Bedrohungen von Leib und Leben zu schützen. Die Angriffe in der letzten Vollsitzung erfolgten aus Anlaß der Verhaftung des deutschen Kommunisten und Reichstagsabgeordneten Wegmann, der sich zu Propagandazwecken in Danzig aufhielt. Wegmann wurde heute aus dem Gebiet des Freistaates Danzig ausgewiesen.

Polen, Frankreich und die oberschlesische Abstimmung.

Paris, 7. Febr. (TU.) „Chicago Tribune" berichtet, der Hauptzweck der Pariser Reise des Marschalls Pilsudski sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Hausminister konnte darlegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählen, wenn Polen allein stünde, würde es unter den finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekannt gemacht werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Frankreich wünsche jedoch erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens kennen zu lernen, bevor es zum Abschluß einer militärischen Allianz mit Polen bereit ist.

Die Schlafkrankheit in London.

London, 4. Febr. (WTB.) In London sind in der Woche vom 15.—21. Januar amtlich 21 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden.

Streik der Buchdrucker im Saargebiet.

Saarbrücken, 7. Febr. (WTB.) Der Streik der Buchdrucker erstreckt sich über das ganze Saargebiet. Wie verlautet, sind die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Buchdrucker verlangen eine wöchentliche Zulage von 50 M. Mit Ausnahme der Saarbrückener Volkstimme erscheint keine Zeitung.

Briand will keinen Millimeter abweichen in der Reparationsfrage.

Paris, 7. Febr. (WTB.) Nach dem „Matin" soll der Ministerpräsident Briand erklärt haben, er werde nicht einen Millimeter von der Stellung abweichen, die er in der Reparationsfrage eingenommen habe. Der „Matin" fügt hinzu: Die Deutschen müßten wissen, daß die französische Regierung bei dem Abkommen von Paris bis an die äußerste Grenze ihres Entgegenkommens gegangen sei. Der „Petit Parisien" spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrsche, um die offizielle Verweigerung der Anerkennung des Abkommens der deutschen Regierung, die der Staatsrat hinsichtlich des Pariser Abkommens bestätigt habe, zu verstärken. Das Blatt spricht dann von der Lage in Bayern, das das Zentrum der deutschen Reaktion geworden sei. Die bayerische Regierung habe weder in der Entwaffnungsfrage noch in der Reparationsfrage nachgegeben.

Paris, 7. Febr. (TU.) Die heutigen Pariser Morgenblätter beschäftigen sich eingehend mit der durch die Pariser Beschlüsse in Deutschland hervorgerufenen Erregung. Ein Pariser Blatt schreibt: Die politische Erregung, die in Deutschland herrscht, beschäftigt alle Klassen. Man befürchtet, daß die alliierte Kontrollkommission in Deutschland infolge der allgemeinen Lage neuen Zwischenfällen ausgesetzt sein könnte, und man fragt, ob unter diesen Umständen die Londoner Konferenz zu dem festgesetzten Zeitpunkt stattfinden kann oder überhaupt stattfinden wird, wenn die deutsche Regierung nicht gegen die öffentliche Erregung reagiert.

Der Sinnfeiner-Führer in London.

London, 7. Febr. (WTB.) Der Führer der Sinnfeiner-Bewegung, de Valera, ist in London eingetroffen.

Dublin, 7. Febr. (WTB.) Bei zwei Überfällen auf Polizisten, die Sonnabend verübt wurden, sind ein Offizier verwundet und ein Zivilist getötet worden.

Belfast, 7. Febr. Die Sinnfeiner haben alle Telegraphen- und Telephondrähte, die nach Belfast führen, abgeschnitten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210207-17/fragment/page=0007